



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Ehrenamt zahlt sich aus

Engagement ist keine Last, sondern eine Quelle, aus der man schöpfen kann. Denn sich engagieren heißt auch, mit zu gestalten, zu formen, zu verändern. Mit dieser Botschaft wartete Sozialstaatssekretär Markus Sackmann bei der jüngsten KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss-Sitzung in München auf. Vorsitzender Landrat Stefan Rößle ergänzte: „Die Prosperität einer Region wird maßgeblich mit davon abhängen, wie sich die Ehrenamtlichen einbringen.“ Die CSU sei schon immer eine Partei gewesen, die die aktive Bürgergesellschaft unterstützt.

„Das Ehrenamt wird wieder ein zentrales Thema in den Wahlkämpfen sein“, prognostizierte Rößle, weshalb die CSU es auch optimal besetzen und zudem Neues auf den Weg bringen sollte. Die ehrenamtliche Struktur in Bayern und Deutschland funktioniere „überraschend gut“ und auch die älteren Bürger seien durchaus bereit, sich aktiv einzubringen – siehe Bundesfreiwilligendienst.

Lebendige Kultur

Die lebendige Kultur des Ehrenamtes dokumentierte Staatssekretär Sackmann mit folgenden Zahlen: In Bayern engagieren sich 36 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren ehrenamtlich, wobei der ländliche Raum mit 49 Prozent gegenüber den städtischen Kerngebieten mit 30 Prozent dominiert. Nicht aktiv tätig, aber bereit zum Engagement sind wiederum 39 Prozent der

Bürger ab 14 Jahren. „Das ist ein Zeichen guten Zusammenhalts“, meinte Sackmann und konstatierte: „Das ist die wahre Elite Bayerns!“

Da Engagement verlässliche Strukturen benötigt, unterstütze die Bayerische Staatsregierung das Ehrenamt durch ein Bündel von Maßnahmen. Dazu zählt laut Sackmann zunächst der Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement, an dem unter anderem Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände und der Landtagsfraktionen beteiligt sind. Zudem werden seit 2010 in 20 Landkreisen und kreisfreien Städten mit 650.000 Euro die Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement aufgebaut. „Einen fast „sensationellen Erfolg“ verzeichne schließlich der Ehrenamtsnachweis.

„Wir werden auch in Zukunft das Ehrenamt unterstützen und neue



Eingerahmt von den stellvertretenden KPV-Landesvorsitzenden Georg Huber (l.), Gabriele Bauer und Alois Rainer (r.): KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle (2. v. r.) und Sozialstaatssekretär Markus Sackmann. Bild: DK

meiner großen Wünsche in Erfüllung gegangen ist“, betonte Sackmann. Mit der Ehrenamtskarte erhalten Bürger, die sich Tag für Tag für ihre Mitmenschen einsetzen, zahlreiche Vergünstigungen bei Einrichtungen des Freistaats Bayern und der Kommunen sowie der Privatwirtschaft. So können sich Engagierte nicht nur über einen günstigeren Museums- oder Schwimmbadbesuch, sondern auch über Freikarten oder Rabatte freuen. An den Vergünstigungen beteiligen sich Premiumpartner wie die BMW Group, die Audi AG oder auch Legoland Deutschland.

Gemeinwohlorientiert

Die Ehrenamtskarte erhält, wer mindestens 16 Jahre alt ist und sich dauerhaft engagiert. Konkret

geht es um ein freiwilliges unentgeltliches Engagement von durchschnittlich fünf Stunden pro Woche oder bei Projektarbeiten mindestens 250 Stunden jährlich. Ferner muss man mindestens seit zwei Jahren gemeinwohlorientiert aktiv oder aktiver Feuerwehrdienstleistender mit abgeschlossener Truppmannausbildung sein. Inhaber des Ehrenzeichens des Ministerpräsidenten oder der Auszeichnung des Innenministeriums für 25- bzw. 40 Jahre aktives Ehrenamt als Feuerwehrler oder Rettungsdienstler bekommen eine lebenslang gültige „Ehrenamtskarte Gold“.

Derzeit beteiligen sich nach Auskunft des Sozialstaatssekretärs 42 Landkreise und kreisfreie Städte an der Einführung der Ehrenamtskarte, über zehn

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ländliche Räume und regionale Vielfalt:

Das Kapital nutzen

Kongress der CDU/CSU und FDP-Bundestagsfraktionen in Berlin

Die ländlichen Räume stehen angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen, die es zu meistern gilt: Die Unternehmen brauchen genügend Fachkräfte, die medizinische Versorgung muss gewährleistet bleiben, Schulen und Kindergärten müssen für Kinder und Jugendliche erreichbar bleiben, moderne Kommunikationstechnologien sind weiter auszubauen. Die von der christlich-liberalen Koalition eingesetzte Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ arbeitet derzeit an einem Maßnahmenplan zur Stärkung der ländlichen Räume. Der Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ in Berlin diente dazu, Vorschläge und Anregungen aus der Diskussion mit betroffenen Unternehmen, Kommunen und Organisationen in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen.

Der ländliche Tourismus entwickelt sich positiv und wird deutschlandweit von immer mehr landwirtschaftlichen Betrieben als zusätzliche Einkommensquelle genutzt, hob der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Dr. Gerd Müller hervor. Mehr noch als in den Metropolregionen gehe es in den ländlichen Räumen darum, ökonomische Entwicklung mit sozialem Zusammenhalt, kultureller Identität und dem Schutz von Natur und Umwelt in Einklang zu bringen. „Voneinander lernen und gemeinsam etwas auf den Weg bringen,

das ist für mich der Leitgedanke zur Entwicklung des ländlichen Tourismus in Deutschland“, betonte Müller.

Große Vielfalt

Ein großes Plus der ländlichen Räume sei ihre von bäuerlichen Betrieben über Jahrhunderte geprägte Vielfalt. Dieses Kapital gelte es zu bewahren und gleichzeitig einer breiten Bevölkerung durch attraktive Urlaubsangebote zugänglich zu machen. Die Spannweite des Landtourismus reiche dabei von Obst- und Winzerhöfen über Dorf- und Naturtourismus bis hin zu auf Gesund und Wellness

Spitzenverbände zum Kinderbetreuungsrecht:

Finanziell nicht verkraftbar

Rechtsanspruch noch nicht flächendeckend gesichert
Weitere Hilfen nötig

Mit Lohnzuschüssen und Billig-Krediten will der Bund den schleppenden Kita-Ausbau auf Touren bringen. Viele Kommunen zweifeln jedoch, dass das Ziel pünktlich erreicht wird. Eltern haben nämlich von August 2013 an ein Recht auf Betreuung. Eine Klagewelle droht.

Wie der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund übereinstimmend in Berlin erklärten, fehlten 14 Monate vor dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs immer noch erhebliche Finanzmittel, um den Bedarf an Plätzen vollständig zu decken. Die Vertreter der Städte, Landkreise und Gemeinden bewerteten als positiv, dass die Zahl der Plätze von 2006 bis 2011 um 230.000 erhöht werden konnte. Sie äußerten jedoch große Zweifel, ob rechtzeitig überall ein hinreichendes Angebot an Plätzen zur Verfügung stehen wird. Nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums fehlen bundesweit noch immer 130.000 bis 160.000 Betreuungsplätze in Kitas oder bei Tagesmüttern. Derzeit gibt es in ganz Deutschland etwa 620.000 Plätze.

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Stephan Articus, betonte, betrieben die Kommunen mit ganzer Kraft den Ausbau der Kinderbetreuung. Doch die Zeit laufe davon, und alle Fortschritte könnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Rechtsanspruch sich mit einer Versorgung von 39 Prozent der Kinder unter drei Jahren nicht überall erfüllen lässt. Der Bedarf sei vor Ort sehr unterschiedlich, was Bund und Länder unterschätzt hätten.

Hoher Bedarf

Bundesweit wünschten sich im Durchschnitt 39 Prozent der Eltern Betreuung – in großen Städten und Ballungsräumen liege diese Quote jedoch deutlich höher, teilweise werde dort ein Bedarf von bis zu 60 Prozent der unter Dreijährigen erwartet. Die

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina



Der Bürgermeister will die Mitarbeiter im Rathaus ermuntern, sich über Power-napping zu informieren und es auch mal selbst im Büro auszuprobieren. „Kraft tanken durch ein Nickerchen“ lautet die Devise. Die Wirksamkeit lässt sich inzwischen auch klinisch nachweisen. Seite 15

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Mehr Infos unter www.gemeindezeitung.de.

Vorwarnken!
28. Juni
2012

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Wege erproben“, machte der Staatssekretär deutlich. „Deshalb werden wir zusammen mit der Hochschul-Kooperation-Ehrenamt, einer Kooperation mehrerer Hochschulen und dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement am 6. und 7. Juli in Nürnberg einen bundesweit einmaligen Ehrenamtskongress veranstalten.“ Dieser Kongress soll über die bereits vorhandenen Angebote hinaus eine praxisnahe Plattform für hochqualifizierte wissenschaftliche Informationen mit internationalem Bezug bieten und über aktuelle Ergebnisse der Engagementforschung informieren.

Zeichen der Anerkennung

Ein sichtbares Zeichen der Anerkennung ist die Bayerische Ehrenamtskarte, „mit dessen Einführung im September 2011 einer

Kommunalfreundliche Landesplanung

**Landtag verabschiedet neues Gesetz
Regionale Planungsverbände werden gestärkt**

Landesplanung soll in Bayern künftig noch mehr regionalbezogen und kommunalfreundlich geschehen. Der Landtag hat das neue Landesplanungsgesetz mit entsprechenden Änderungen der Regierungsvorlage zum 1. Juli in Kraft gesetzt. Mit dem LPG werden die unverzichtbaren Grundlagen für eine Neuausrichtung der Landesplanung gelegt.

Wirtschaftliche Entwicklung und intakte Raumordnung sollen ausgewogen sein. So fasste Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) nach kontroverser Aussprache zusammen. SPD und Freie Wähler erkannten den guten Willen an, forderten aber weitere Verbesserungen. Sie enthielten sich der Stimme. Die Grünen sahen vor allem die Stärkung der regionalen Planungsverbände nicht erreicht und lehnten das Gesetz ab.

Föderaler Gewinn

Otmar Bernhard (CSU) werte te das LPG als föderalen Gewinn für nachhaltige Entwicklung im ganzen Land. Die Felder Bildung, Soziales und Gesundheit würden als Signal für die ländlichen Räume berücksichtigt. Die regionalen Planungsverbände blieben bestehen, die entsprechenden Planungsbeiträge könnten bleiben, seien aber keine Pflicht. Im Wegfall der oberen Landesplanungsbehörde liege ein Stück Entbürokratisierung.

Gleichberechtigte Lebensverhältnisse

Annette Karl (SPD) konterte, das Signal sei, wir lassen die Kommunen mit ihren Problemen allein. Positiv sei das Leitziel, gleichberechtigte Lebensverhältnisse zu schaffen. Ebenso die Möglichkeit, dass die Kommunen Aufgaben auf die regio-

nal Planungsverbände übertragen können. Einige Verbesserungen der Regierungsvorlage seien von der SPD in den Ausschussberatungen erreicht worden.

Alexander Mütze (Grüne) bestätigte, es habe der Opposition bedurft, den Entwurf zu einem guten Gesetz zu machen. So die Öffentlichkeitsbeteiligung beim Raumordnungsverfahren. Verbesserungsbedürftig sei einiges. Kostentragung und -erstattung müsse für die regionalen Planungsverbände konkret festgesetzt werden. Im Gesetz zu verankern bleibe die Pflicht zur Erfolgskontrolle.

Verfehlung

Thomas Mütze (Grüne) hielt das neue Gesetz in entscheidenden Punkten für verfehlt. Eine Stärkung der regionalen Planungsverbände werde nicht erreicht. Positive Verbesserungen des Regierungsentwurfs seien durch den Ausschussvorsitzenden Erwin Huber und Otmar Bernhard (beide CSU) erreicht worden. So sei die Abhängigkeit der Regionen von Direktiven

Leitfaden für Kommunen zur Gestaltung der Energiewende

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) hat, unterstützt vom Bayerischen Gemeindetag, einen Leitfaden für Kommunen zur Energiewende verfasst. Ziel ist es, Handlungsmöglichkeiten für Gemeinden aufzuzeigen und den Rahmen für ihre Betätigung bei der Energieversorgung abzustecken. Unter dem Titel „Erfolgsmodell Genossenschaft: Die Energiewende gemeinsam gestalten“ erhalten kommunale Entscheidungsträger Hinweise dazu, wie sie Energiepotenziale in ihrer Region ermitteln können und welche rechtlichen Bedingungen bei der Planung von Energieprojekten zu beachten sind. Zudem gibt es im Leitfaden Tipps zu genossenschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten bei der Projektumsetzung.

„Der Wechsel zu einer nachhaltigen Strom- und Wärmeversorgung kann nur gelingen, wenn regenerative Quellen dezentral genutzt werden“, sagt GVB-Präsident Stephan Götzl. Dieser stehe und falle mit der Akzeptanz der Menschen vor Ort. Als Motor und Impulsgeber für bürgerliches Engagement komme den Kommunen bei der Koordination vielfältiger Interessen deshalb eine besondere Rolle zu, so Götzl. Genossenschaften böten ideale Voraussetzungen, die Energiewende unter Einbindung von Bürgern erfolgreich umzusetzen. Der Leitfaden veranschaulicht dies am Beispiel verschiedener genossenschaftlicher Teilnehmungsmodelle.

In Bayern gibt es derzeit 149 Energiegenossenschaften, von denen 118 seit 2006 gegründet wurden. Das Spektrum reicht von der Gewinnung von Biogas über den Betrieb von Fotovoltaikanlagen bis zum Bau von Nahwärmeversorgungsanlagen.

Der Leitfaden steht unter www.gv-bayern.de/energieleitfaden zur Verfügung. □

verhindert worden. Kultur, Soziales und Bildung seien wichtig für alle Landesteile.

Gutes Gesetz mit nachhaltiger Regelung

Dietrich von Gumpenberg (FDP) sprach von einem sehr guten Gesetz mit nachhaltiger Regelung für die Zukunft der Regionen. Das neue LPG berücksichtige wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. Es gehe um ein ausgewogenes

Verhältnis zwischen Stadt und Land, aber Gleichwertigkeit bedeute nicht uneingeschränkte Gleichberechtigung.

Der Wirtschaftsminister fasste zusammen, das LPG sei kein Allheilmittel, bringe die Landesplanung jedoch auf einen guten Weg und gebe den Kommunen mehr Spielraum zur örtlichen Entwicklung. Das Gesetz sei Grundlage für das neue Entwicklungsprogramm (LEP), das im Herbst erstellt und nächstes Jahr in Kraft gesetzt werden soll. **rm**

Dämme gegen Spielhallenflut

**Länder-Staatsvertrag und bayerisches Ausführungsgesetz
Mehr Rechte für die Kommunen**

Neue gesetzliche Dämme gegen die Spielhallenflut werden jetzt vom Landtag errichtet. Es geht um den fälligen neuen Glücksspielstaatsvertrag der Länder und um das entsprechende bayerische Ausführungsgesetz dazu. Mit beiden soll der wachsenden Spielsucht begegnet und den Kommunen mehr Rechte zur Regulierung der Spielhallen durch das Baurecht gegeben werden. Andererseits wird das staatliche Sportwettenmonopol abgeschafft und eine bestimmte Anzahl privater Anbieter zugelassen.

Oberstes Ziel bleibe, die Spielsucht zu bekämpfen, erklärte Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in der abschließenden Plenardebatte zum Staatsvertrag. Der Sportwettenmarkt werde maßvoll geöffnet, jedoch der Jugend- und Spielerschutz verstärkt, um eine explosionsartige Ausbreitung des Glücksspiels zu verhindern. Dem diene auch das neue Recht der Kommunen, die Konzentration von Spielhallen in einzelnen Orten im Rahmen des Baurechts zu verhindern.

Sperrzeitverlängerung

Für die CSU erachteten Petra Guttenberger und Philipp von und zu Lerchenfeld die Neueregulungen in Staatsvertrag und Gesetz als nicht optimale Grundlage für das gemeinsame Ziel. In den vorangegangenen Ausschussberatungen hatte Berichterstatter Martin Schöffel erklärt, seine Fraktion hätte sich eine Verlängerung der nächtlichen Sperrzeit von 2 bis 9 Uhr vorstellen können. Auch Herrmann war dafür. Laut Staatsvertrag wird sie auf die Zeit von 3 bis 6 Uhr festgelegt. Mit dem neuen Staatsvertrag sind künftig Mehrfachkonzessionen für einen Betreiber verboten. Für eine Entzerrung soll zudem sorgen, dass zwischen zwei Spielhallen ein Mindestabstand von 250 Metern Luftlinie gewahrt sein muss. Betreiber neuer Spielhallen brauchen eine rechtliche Erlaubnis. Bestehende Betriebe müssen ihre Hallen binnen fünf Jahren den neuen Bestimmungen anpassen.

Die FDP hätte sich eine stärkere Liberalisierung gewünscht,

die gesetzliche Regelung eines Jahrzehnte alten Themas als Schritt in die richtige Richtung. Die Spielsucht sei nicht bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen monopolisiert, sie sei auch in den staatlichen Spielkasinos weiter zu bekämpfen. Dort das Mindestzutrittsalter zu senken, wäre der falsche Weg. Christine Kamm (Grüne) verwies auf die steigende Spielsucht. Die Zahl der Spielhallen habe sich seit 2000 um 64% auf über 1500 erhöht. In Bayern gebe es 28.000 Spielsüchtige und weitere 34.000 „problematische“ Spielsüchtige.

Der Staatsvertrag wurde vom Landtag in namentlicher Abstimmung mit 132 Stimmen bei 3 Nein und 15 Enthaltungen angenommen. Er tritt mit dem bayerischen Ausführungsgesetz am 1. Juli in Kraft. **rm**

Tourismus in Bayern glänzt mit guter Winter-Halbjahresbilanz

Die Tourismusbilanz des vergangenen Winterhalbjahres im Freistaat kann sich sehen lassen: 12.119.333 Gästeankünfte von November 2011 bis April 2012. „Das ist ein sattes Plus von 6,8 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Der Bayerentourismus liegt damit weiter auf Erfolgskurs“, betont Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil. Bei den Übernachtungen kletterte die Zahl auf 31.899.964. Das entspricht einem Zuwachs von 6,3 Prozent gegenüber dem Winterhalbjahr 2010/2011. Grund für die positive Bilanz, so der Minister, war der Goldene Herbst. „Die lang anhaltende Schönwetterperiode bis Ende November hat viele Wanderbegeisterte und Wellnessurlauber in die Täler der Alpenregionen gelockt. Trotz der teilweise extremen Witterungsbedingungen mit Dauerfrost Anfang Februar hat sich auch der Ski- und Wintersport großer Beliebtheit erfreut“, erklärt Zeil.

Besonders positiv zeigt sich die Bilanz in den Luftkurorten und Erholungsorten. Mit Zuwachsraten von 9,9 Prozent bei den Gästeankünften (925.541) und 8,7 Prozent bei den Übernachtungen (3.489.423) liegen die Luftkurorte bayernweit an der Spitze der touristischen Gemeinden. Ebenfalls deutlich über dem landes-

weiten Durchschnitt liegt das Nachfrageplus bei den Erholungsorten. Hier stiegen die Gästeankünfte um 8,7 Prozent auf 1.056.048 und die Gästeübernachtungen um 7,7 Prozent auf 3.291.660. Die Heilbäder im Freistaat zählten 1.713.162 Ankünfte. Damit kamen 6,6 Prozent mehr Gäste als im Winterhalbjahr

Bayerische Bezirke:

Freistaat in der Pflicht

Mit der Finanzlage der sieben Bezirke und der europäischen Richtlinie über die sog. Dienstleistungs-Konzession befasste sich der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke während seiner jüngsten Sitzung im oberfränkischen Kloster Banz.

Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Forderungen die Bezirke beim für den 22. Juni anberaumten Spitzengespräch über den Finanzausgleich an Finanzminister Markus Söder richten werden. Im Vordergrund steht dabei die Sorge, dass die von den Bezirken aufzubringenden, weiterhin steigenden Kosten der Sozialhilfe die Leistungsfähigkeit der Umlagezahler beeinträchtigen.

Kostenanstieg

Die Bezirke rechnen auch im kommenden Jahr mit einem Kostenanstieg zwischen 5 und 6 Prozent bei den Ausgaben der Bezirke für die Sozialhilfe, wobei sich der Tarifaabschluss in den Pflegesätzen zusätzlich deutlich niederschlagen wird. Hierzu spielt die von Bund und Ländern vereinbarte, inzwischen von den Bürgern auch erwartete Inklusion für behinderte Menschen eine wichtige Rolle. Der Hauptausschuss war sich einig, dass die Kommunen diese Kostenentwicklung nicht dauerhaft alleine schultern können, weshalb sie entsprechend finanzielle Unterstützung von Bund und Land benötigen.

Wie Verbandspräsident Manfred Hölzlein hervorhob, sei es angesichts der Bedeutung der Bezirksaufgaben im sozialen Bereich an der Zeit, dass der Freistaat auch die Zuweisungen an die Bezirke nach Art. 15 FAG wie die Schlüsselzuweisungen mit einer festen Quote aus einem entsprechend aufgestockten Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund gewährt. „Wir erwarten, dass sich der Freistaat in dieser Sache bewegt“, forderte Hölzlein.

Sonderausgleich

Bei den Verhandlungen wird zudem die Finanzierung des Hartz-IV-Belastungsausgleichs auf der Tagesordnung stehen. Mit den Zuweisungen dieses Sonderausgleichs gewährt der Freistaat jenen Landkreisen und kreisfreien Städten einen Ausgleich, die durch die Hartz IV-Reform seit 2005 finanzielle Einbußen haben.

Hölzlein zufolge haben die Bezirke die Notwendigkeit des Belastungsausgleichs gesehen und mit der Zustimmung zur

Umschichtung von Finanzausgleichsmitteln ihre Solidarität gezeigt. „Ich erwarte vom Freistaat, ab 2013 diese Mittel wieder in den Ausgleich an die Bezirke zurückzuführen. Nur so können alle Umlagezahler an der höheren finanziellen Entlastung des Freistaats durch die Änderung des Ostausgleichs profitieren.“

Dienstleistungskonzession

Stichwort Dienstleistungskonzession: Die EU-Kommission hat Ende vergangenen Jahres darüber eine Richtlinie vorgelegt, die derzeit im Europäischen Parlament debattiert wird. Der Erlass einer derartigen Bestimmung hätte zur Folge, dass in Zukunft die Erteilung derartiger Konzessionen durch öffentliche Hand dem Europäischen Vergaberecht unterliegen und entsprechend ausgeschrieben werden müsste.

Leistungsvereinbarungen

Mit Blick auf die Auswirkungen eines solchen Erlasses, insbesondere hinsichtlich der vielfältigen sozialen Aufgaben der bayerischen Bezirke, betonte der Präsident, dass vor allem der Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Leistungserbringern bei der Hilfe zur Pflege und innerhalb der Eingliederungshilfe unbedingt vergaberechtsfrei bleiben müsse. Schließlich treffe im Gegensatz zu einer „echten“ Dienstleistungs-Konzession der Sozialhilfeträger keine ausschließliche Auswahlentscheidung für einen Anbieter. Vielmehr könnten alle Bewerber, die die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen, zum Zuge kommen.

Ausnahmetatbestände

Laut Hauptausschuss trägt jedoch die von der EU-Kommission vorgelegte Richtlinie diesem Aspekt nicht Rechnung. „Von daher ist eine eindeutige Klarstellung erforderlich, damit erhebliche Konsequenzen im Sozialbereich ausgeschlossen werden“, bemerkte Hölzlein. Auch verwies er darauf, dass das Europabüro der Bayerischen Kommunen die Aufnahme von Ausnahmetatbeständen in die EU-Richtlinie fordere. **DK**

in Unterfranken übertrafen alle drei fränkischen Bezirke den Landesdurchschnitt von 6,3 Prozent. Auch die Oberpfalz verbuchte 6,6 Prozent mehr Übernachtungen. Bei den absoluten Zahlen der Gästeankünfte und Gästeübernachtungen behaupten Oberbayern und Schwaben bayernweit die Spitzenposition.

Bayern beliebt bei ausländischen Besuchern

Hoch im Kurs steht Bayern als Reiseziel für ausländische Besucher. Im vergangenen Winter kamen 9,5 Prozent mehr Gäste aus dem Ausland. Die Übernachtungen stiegen um 9,2 Prozent und lagen damit deutlich über den Zuwächsen bei inländischen Gästen (+6,1 Prozent bei den Ankünften bzw. +5,7 Prozent bei den Übernachtungen). Einen bedeutenden Anteil daran hatten Russland (jeweils über 31 Prozent mehr Ankünfte und Übernachtungen) und Japan (20,1 Prozent mehr Ankünfte und 17,5 Prozent mehr Übernachtungen). (Fortsetzung auf Seite 3)

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Hannelore Betz
91796 Ettenstatt
am 27.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Christian Knauer
86551 Aichach
am 2.7.

Bürgermeister Dr. Stephan Merz
84508 Burgkirchen
am 3.7.

Bürgermeister Klaus Grünzner
95183 Töpen
am 6.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Schneider
97776 Eußenheim
am 8.7.

Bürgermeister Wolfgang Anger
97511 Lültsfeld
am 8.7.

Bürgermeister Alois Hofstetter
85643 Steinhöring
am 10.7.

Bürgermeisterin Maria Steger
93158 Teublitz
am 10.7.

Bürgermeister Wolfgang Grob
86637 Zusammlheim
am 28.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Pöhlmann
95233 Helmbrechts
am 7.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Bierschneider
83708 Kreuth
am 27.6.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Social Media für Kommunen

Von Dr. Andreas Bachmeier, wbpr_Kommunikation

Das Web 2.0 verändert unser heutiges Verständnis von Information und Kommunikation grundlegend. Wir sind es gewohnt, zu jederzeit an alle für uns wichtigen Fakten zu gelangen. Diskussionen verlagern sich vom privaten oder halböffentlichen Raum vollständig in die Öffentlichkeit. Voraussetzungen zur Teilnahme an solchen Diskussionen existieren im Internet kaum. Jeder kann zu jedem Thema seine Meinung äußern, rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag. Die sozialen Medien verändern so auch die Kommunikation zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik. Immer lauter werden Forderungen nach mehr Bürgernähe, mehr Transparenz und mehr Partizipation am politischen Prozess – gerade auf kommunaler Ebene. Facebook, Twitter, Youtube & Co können mit der richtigen Strategie dazu beitragen, Bürger und Verwaltung näher zusammen zu bringen. Aber: Social Media ist kein Muss. Für Städte und Gemeinden gilt es hier genau abzuwägen, zwischen größerer Bürgernähe auf der einen und Verwaltungseffizienz auf der anderen Seite.

Social Media bedeutet Kommunikation. Und Kommunikation ist eine zentrale Aufgabe von Städten und Gemeinden. Zwar ist mit Blick auf die Möglichkeiten des Internets immer von den Medien der Zukunft die Rede. Soziale Netzwerke, Foren und Blogs gehören aber längst zum Alltag vieler Bürger. Zu den Nutzern zählen nicht nur junge Menschen – das World Wide Web verändert auch die Mediengewohnheiten der „Generation 50+“.

Zahlreiche Vorteile

Die Vorteile, die sich Städte und Gemeinden durch einen interaktiven Netzauftritt verschaffen können, sind zahlreich. Das Potenzial liegt vor allem darin, komplizierte Verwaltungsvorgänge, Planungsprozesse und Vorhaben prägnant und für jedermann verständlich darzustellen. Gleichzeitig wird den Bürgern die Möglichkeit geboten, sich durch Kritik, Lob und Vorschläge in konkrete Projekte einzubringen. Positiver Nebeneffekt: Der bislang eher anonyme Verwaltungsapparat erhält durch die Interaktion mit den Bürgern ein Gesicht.

Trotz deutlicher Fortschritte

sind viele Städte und Gemeinden nach wie vor skeptisch, was ihren Auftritt in den neuen Medien des Web 2.0 angeht. Diese



Dr. Andreas Bachmeier. □

Zurückhaltung ist nicht ganz unbegründet. Ein Plus an Service und Beratung für die Bürger durch Social Media ist nur möglich, wenn dafür die entsprechenden personellen Kapazitäten, die technischen Fähigkeiten und auch die fachlichen Kompetenzen vorhanden sind. Aus Datenschutz- und Datensicherheitsgründen ist der Zugang zum World Wide Web nicht immer und für jeden Verwaltungsmitarbeiter möglich.

Und weil die für den Internet-

auftritt zuständige Dienststelle die Verantwortung für die Nutzung sozialer Medien trägt, müssen Zuständigkeiten genau bestimmt werden. Dabei kann nicht jede Stadt oder Gemeinde auf internetaffine Mitarbeiter zurückgreifen, die sich souverän im Web 2.0 bewegen und mit dessen Gepflogenheiten vertraut sind. Für die schnelle und regelmäßige Bearbeitung der Inhalte ist das aber unbedingt Voraussetzung. „Regelmäßig“ ist auch das Stichwort für eine weitere Herausforderung. Denn Social Media bedeutet Dialog statt einseitiger Information. Die Selbstdarstellung der Städte und Gemeinden erfordert laufende Pflege und Betreuung. Der Vorteil von Social Media – Schnelligkeit und Aktualität – ist mit einem nicht zu unterschätzendem Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden. Bürgeranfragen wollen schnell beantwortet sein, Kritik muss umgehend entschärft werden.

Zusätzlicher Aufwand

Social Media ist kein Ersatz für personenbezogene Sachbearbeitung, sondern ein zusätzlicher Mehraufwand. Das gilt es zu berücksichtigen, bevor sich eine Stadt- oder Gemeindeverwaltung ins Netz wagt. Verwaltungen können sich aber den etablierten und beliebten Kommunikationsstrukturen der Bürger nicht auf Dauer verschließen. Mit der richtigen Planung kann man Social Media grundsätzlich als Chance begreifen. Entscheidet man sich dafür, bedeutet das aber langfristiges Engagement, hohe Reaktionsgeschwindigkeit und Aufwand. Denn obwohl das Angebot des Web 2.0 weitgehend kostenlos zur Verfügung steht, bedeutet das nicht, dass dies ein erfolgreicher Auftritt ebenfalls ist. □

Wechsel an der Spitze des BKPV:

Steuerübernahme in einer Zeit des Umbruchs

Auf Helmut Stanglmayr folgt Günther Heimrath

Mit Ablauf des Monats Mai schied der Geschäftsführende Direktor des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands Helmut Stanglmayr aus dem Amt aus. Wie der Verbandsvorsitzende Erster Bürgermeister Gerhard Preß bei der offiziellen Verabschiedung in München bemerkte, sei Stanglmayr für den Prüfungsverband ein „Glücksfall“ gewesen.

„Sie haben wichtige Zeichen in und für den Verband gesetzt, ob das bei der Beratung der Mitglieder, bei der Einführung der doppelten Buchführung oder in den vergangenen Monaten der künftige Zuwachs an Mitgliedern und der Prüfungsaufgaben

war und ist. Dabei haben Sie immer auf die Qualität der Arbeit Wert gelegt“, stellte Preß fest.

Selbstverwaltung

Mit fundierter Ausbildung, vielseitiger Erfahrung und fach-

lich breitem Wissen sei Helmut Stanglmayr als Führungskraft auf Menschen zugegangen, so der Verbandsvorsitzende. „Wir haben Sie besonders verdient gelernt, dass Sie stets die Kommunale Selbstverwaltung geachtet und respektiert haben und sich nicht zu schade waren, sich selbst ins Auto zu setzen und hunderte Kilometer zu fahren, um mit Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, mit Bezirkspräsidenten oder Landräten über die Einzelfragen zu diskutieren, Probleme zu lösen und Verbesserungsvorschläge auszutauschen.“

Gebürtig und aufgewachsen in Wolnzach, wechselte Helmut Stanglmayr nach dem Jura-Studium und beruflichen Stationen u. a. beim bayerischen Innenministerium, am Landratsamt Dachau, am Landratsamt Pfaffenhofen an der Ilm, beim Verband der bayerischen Bezirke und bei der Landesadvokatur Bayern Anfang 1996 zum Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband. Vom Leiter der allgemeinen Prüfungs- und Organisationsabteilung stieg er dort während der folgenden zehn Jahre zum Geschäftsführenden Direktor auf.

Wertvoller Begleiter

Wie Innenstaatssekretär Gerhard Eck ausführte, habe Stanglmayr mit großem Geschick und Können während der vergange-

GZ **Kolumne**
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

gerne möchte ich Ihnen einige Überlegungen zum äußerst komplexen Thema Reform des Kommunalen Finanzausgleichs mitteilen:

Die Grundidee des bayerischen Kommunalen Finanzausgleichs hat sich bewährt. Gesetzeslücken, Ungerechtigkeiten bei der Verteilung und Entwicklungen durch den demographischen Wandel dürfen aber nicht dazu führen, dass an der Gesamtstruktur gerüttelt wird. Die Kommunen im Freistaat sind sich mit dem Bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder darin einig, dass mit einer Reform des Kommunalen Finanzausgleichs vor allem eine

Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs

gerechtere Verteilung erreicht werden soll. Ein Finanzausgleich kann zwar Hilfe leisten, aber keine grundsätzlichen Probleme in strukturschwachen Regionen lösen oder demographische Entwicklungen aufhalten. Nach einer Hochkonjunktur und einem dramatischen Einbruch im Jahre 2008 folgte 2011 ein ungewöhnlich starker Wirtschaftsaufschwung. Diese extremen Schwankungen gilt es abzufedern und gleichzeitig die Stellschrauben so zu justieren, dass finanzschwächere Kommunen mehr Hilfen erhalten, einzelne finanzstarke Städte aber nicht mehrbelastet werden.

Beklagt wird vor allem, dass die darüber lie-

gende Ebene, Bezirk oder Landkreis die Belastungen gerne nach unten weiterreicht. Das bisherige System, nach dem ein Großteil der Mittel aus den Steuerverbünden zunächst an die Städte und Gemeinden ausbezahlt wird und dann wieder über festzusetzende Umlagen nach oben weitergereicht werden muss, ist zu hinterfragen. Insbesondere dann, wenn es um die Erfüllung von Pflichtaufgaben wie Jugend- und Sozialhilfe geht. Das Umlagesystem ist durchaus sinnvoll für Investitionen und freiwillige Leistungen der darüber liegenden Ebenen. Eine direkte Zuweisung von Mitteln an die jeweils zuständige Ebene würde die mittlerweile extrem hohen Bezirks- und Kreisumlagen entlasten. Eine Neuverteilung der staatlichen Zuweisungen darf insgesamt aber nicht zu einer Mehrbelastung der Haushalte durch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund kompensiert werden.

2012 haben die bayerischen Kommunen 7,3 Mrd. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten. Die für 2013 zu erwartende Steigerung könnte zum Beispiel für eine Aufstockung der Einwohnergewichtung verwendet werden.

All diese Überlegungen hat die KPV dem Bayerischen Finanzminister für die Beratungen zur Reform des Kommunalen Finanzausgleichs mit den Bayerischen Spitzenverbänden mitgegeben. Ich halte Sie gerne weiter auf dem Laufenden.

Ihr Stefan Rößle



Staatssekretär Gerhard Eck, Bürgermeister Gerhard Preß, der neue Geschäftsführende BKPV-Direktor Günther Heimrath und sein Vorgänger Helmut Stanglmayr (von links) mit ihren Gattinnen. □

nen fünf Jahre dieses Amt ausgeübt. Er habe die zukunftsweisende Ausrichtung des Prüfungsverbandes wesentlich mitgeprägt. Eck: „Sie waren den Kommunen eine echte Stütze, ein äußerst wertvoller Begleiter und für das Innenministerium ein hervorragender Partner.“ In Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen verlieh der Staatssekretär Helmut Stanglmayr die Kommunale Verdienstmedaille in Silber.

Als Stanglmayrs Nachfolger an der Verbandsspitze wurde Günther Heimrath bestellt. Seit 1999 setzt er beim Kommunalen Prüfungsverband Eck zufolge „starke Akzente, zuletzt als Leiter der allgemeinen Prüfungs- und Organisationsabteilung und Stellvertreter des Geschäftsführenden Direktors“. Seine Tätigkeit im Innenministerium und am Landratsamt München, vor allem aber die letzten Jahre beim Prüfungsverband hätten ihm Einblicke in die Lebenswirklichkeit der kommunalen Verwaltung und deren Vielgestaltigkeit gegeben.

Mitgliederzuwachs

Eck: „Sie übernehmen das Steuer in einer Zeit des Um- und Aufbruchs. Es gilt, den anstehenden Mitgliederzuwachs zu bewältigen und die personellen wie organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Sie bringen alle Voraussetzungen

mit, den Prüfungsverband in eine gute Zukunft zu führen. Ich bin überzeugt, dass Sie die gute Tradition Ihres Vorgängers in bewährter Form fortsetzen und alle Herausforderungen bravourös meistern werden.“

Finanzkontrolle

„Eine umfassende Finanzkontrolle gehört zum Kernbereich öffentlicher Aufgaben“, machte Helmut Stanglmayr nach Worten des Dankes deutlich. Hier dürfe es keine prüfungsfreien Räume geben, „weshalb hinsichtlich der Prüfungsrechte bei kommunalen Unternehmen in Zukunft sicherlich weiterhin Diskussionsbedarf besteht“. In jedem Fall müsse die öffentliche Hand selbst personell und fachlich in der Lage sein, eine nachhaltige Wahrnehmung der Finanzkontrolle zu gewährleisten.

Unabhängigkeit der Prüfungsorgane

„Dies trifft aber nicht nur die Sicherstellung der erforderlichen persönlichen, sachlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Prüfungsorgane“, fuhr Stanglmayr fort. Vielmehr sei für eine effektive Finanzkontrolle unerlässlich, dass auch die staatliche Rechtsaufsicht ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllt. Andernfalls bleibe die Rechnungsprüfung „ein zahnloser Tiger“.

Verbesserungspotentiale

Wichtig sei es, sicherzustellen, dass eventuelle Fehlentwicklungen und Risiken rechtzeitig erkannt werden und ihnen wirkungsvoll entgegengesteuert wird, betonte der scheidende Direktor. Dabei sei es unerlässlich, den Kommunen bereits im Vorfeld, d. h. im Rahmen einer kompetenten Beratung Verbesserungspotentiale und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Stanglmayr: „Der BKPV stellt für die Kommunen einen dauerhaften, wichtigen Ansprechpartner dar. Aber auch hier sind die Rechtsaufsichtsbehörden gefordert, zu deren wesentlichen Aufgaben die Beratung der Kommunen zählt. Ohne das Zusammenspiel mit einer wirkungsvollen Rechtsaufsicht als Kontroll- und Beratungsorgan wird sich unser gemeinsames Ziel, die Gesamtsituation der Kommunen durch Hilfestellungen und Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Haushalts- und Wirtschaftsführung zu stärken, nicht realisieren lassen.“

Keine Gewinnorientierung

Der neue Geschäftsführende Direktor Günther Heimrath ging zunächst auf zwei Besonderheiten des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes ein: Zum einen sei dieser eine Einrichtung der öffentlichen Finanzkontrolle und der kommunalen Selbstverwaltung „und nicht gewinnorientiert“, zum anderen arbeite der Verband der staatlichen Rechtsaufsicht zu und speise dort kommunales Know-how ein.

Aufgabenerfüllung

Wie Heimrath erklärte, „geht es uns bei unserer Prüfung und Beratung nicht um Rechthaberei, öffentlichkeitswirksame Effekte oder gar um Trophäen in Form bloßgestellter kommunaler Mandatsträger. Wir wollen schlicht unsere Aufgaben erfüllen – möglichst geräuschlos und in unserer Welt der hektischen Informationsflut auch bisweilen entschleunigt, aber dafür gründlich. Und zum Nutzen unserer Mitglieder.“ **DK**

Tourismus in ...

Fortsetzung von Seite 2
Prozent mehr Übernachtungen). Beliebte ist Bayern auch bei seinen Nachbarn in Österreich, Italien und der Schweiz. Gemessen an ihrem Anteil an den Auslandsankünften und Übernachtungen zählen sie zu den wichtigsten Quellmärkten (Österreich +10,3 Prozent bei Ankünften und Übernachtungen, Italien +12,5 Prozent bei Ankünften und Übernachtungen, Schweiz +9,1 Prozent bzw. 10,0 Prozent bei Ankünften und Übernachtungen).

Konjunkturmotor für alle Regionen im Freistaat

„Der Tourismus ist ein Konjunkturmotor für alle Regionen im Freistaat. Er sorgt für Arbeitsplätze, Einkommen und

gute Zukunftsperspektiven – gerade auch im ländlichen Raum. Diesen Erfolg verdanken wir allen Partnern im Tourismus, die mit ihrer Top-Leistung und ihren attraktiven Angeboten unsere Gäste immer wieder neu begeistern. Der Wintertourismus mit Ski- und Wintersport ist ein wichtiges Standbein, für das wir uns weiter stark engagieren. Unsere Landesmarketingorganisation, die Bayern Tourismus Marketing GmbH, hat mit „Bayern – mein WinterLicht-Blick“ eine neue Winterkampagne kreiert. Damit setzen wir innovative Maßstäbe im Marketing für die Marke Bayern. Ich lade alle Leistungsträger im Tourismus ein, sich daran zu beteiligen. Nur gemeinsam werden wir unseren Erfolg auch künftig weiter ausbauen können“, betont Zeil. □



Stabwechsel: KPV-Landesgeschäftsführerin Christiane Juckenack (l.), die der CSU-Landesleitung zwar erhalten bleibt, sich aber einem neuen Aufgabenbereich widmen wird, verabschiedete sich mit herzlichen Worten von der kommunalen Familie. Ihre Nachfolgerin, die Politologin Theresa Flotzinger, war vier Jahre in einer Werbeagentur beschäftigt und betreute dort das Thema politische Kommunikation. Seit ihrem 16. Lebensjahr ist sie Mitglied in der JU, CSU und in der Frauen-Union. In ihrer Heimatgemeinde im Landkreis Regensburg engagiert sich Frau Flotzinger als Gemeinderätin und Jugendbeauftragte. Zudem ist sie auf Kreisebene aktiv.

Text und Bild: DK

Ehrenamt zahlt...

(Fortsetzung von Seite 1)

Weitere Kommunen haben ihr Interesse bekundet. Bedauerlicherweise herrscht Sackmann zufolge vielerorts noch Skepsis, „obschon wir sowohl bei den Anspruchsvoraussetzungen als auch bei der Umsetzung darauf geachtet haben, alles so einfach wie möglich zu gestalten“. Vor diesem Hintergrund warb der Staatssekretär dafür, „die Einführung der Bayerischen Ehrenamtskarte tatkräftig zu unterstützen“.

Themenwechsel. Mit Blick auf das bevorstehende Spitzengespräch über die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs hat die KPV im Vorfeld einige aus ihrer Sicht wichtige Verbesserungsvorschläge und Anregungen formuliert. So wird vorgeschlagen, dass die Bezirke, Landkreise

und kreisfreien Städte für die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Sozial- und Jugendhilfebereich einen festen Anteil aus dem allgemeinen Steuerverbund erhalten. Bayernweit steigen diese Ausgaben jährlich um rund 250 Millionen Euro. Sie müssen zum großen Teil aus Kreis- und Bezirksumlagen beglichen werden.

Direkte Landesmittel

Da die Ausgaben der Sozial- und Jugendhilfe keine Wahlleistungen sind, wäre es nach Ansicht der KPV „für die kommunale Familie zielführend, wenn die jeweils zuständige Ebene dafür direkt Landesmittel erhält, da die Sozial- und Jugendhilfekosten mittlerweile die Bezirksratsdominieren und einen ganz wesent-

lichen Teil der Haushalte der Landkreise und kreisfreien Städte ausmachen“. Das bisherige System, nach dem ein Großteil der Mittel aus den Steuerverbünden zunächst an die Städte und Gemeinden ausbezahlt werden und dann wieder über festzusetzende Umlagen nach oben weitergereicht werden müssen, sei zu hinterfragen, „insbesondere wenn es um die Erfüllung von Pflichtaufgaben wie Jugend- und Sozialhilfe geht“. Bei der Frage der Neuverteilung der staatlichen Zuwendungen wird vorgeschlagen, „einen Einstieg insbesondere über zur Verfügung stehende Mehreinnahmen aus den Steuerverbünden zu finden“.

Entlastung

Trotz der schrittweisen Entlastung der kommunalen Haushalte durch die Übernahme der Grundsteuer durch den Bund ist nach Auffassung der KPV eine weitere Unterstützung in Form eines Bundesleistungsgesetzes notwendig. „Demnach haben sich Bund und Land an den Kosten der Eingliederungshilfe zu beteiligen.“

Die Tatsache, dass eine Gemeinde mit mehreren Ortsteilen für eine größere Anzahl an Gemeindestraßen zuständig ist, wird laut KPV im bisherigen FAG nicht berücksichtigt. „Ein Ansatz wäre hier zum Beispiel, die Unterhaltszuschüsse für die Gemeindestraßen ähnlich der früheren Regelung bei den Kreisstraßen zu staffeln.“

Bei den Schlüsselzuweisungen, die heuer rund 2,7 Milliarden Euro betragen, sollte nach KPV-Ansicht ein spürbarer Zuschlag ins Auge gefasst werden, „wobei bei der Verteilung der Mittel strukturelle Veränderungen vorgenommen werden müssen“. Die KPV schließt sich dem Vorschlag des CSU-Bezirksverbands Niederbayern an, die zusätzlichen Mittel für eine Aufstockung der Einwohnergewichtung zu verwenden, die bisher bei kleinen Gemeinden bei 108 Prozent liegt, während größere Städte 150 Prozent und München sogar noch mehr erhalten. **DK**

Das Kapital nutzen...

(Fortsetzung von Seite 1)

Eröffnung des Kongresses übernommen hatte, mahnte, dass man zur Stärkung der ländlichen Räume konkrete Ziele vereinbaren müsse. Außerdem müsse sich die Einstellung zum demografischen Wandel ändern. Denn dieser sei keine Katastrophe, sondern eine Chance, deren Potenziale genutzt werden müssten. Es gelte jetzt Lösungen für die sich abzeichnenden Probleme zu entwickeln, um nicht nur auf Veränderungen zu reagieren, sondern diese gestalten zu können.

Qualität der Ausbildung

So sei es enorm wichtig, die Qualität der Bildung und Ausbildung zu steigern, damit Arbeitsstellen vor Ort geschaffen, ausgebaut und mit Fachkräften besetzt werden könnten.

Auch im Bereich der medizinischen Versorgung seien neue Wege denkbar wie zum Beispiel der Ausbau der Telemedizin und die verbesserte Möglichkeit zur Delegation ärztlicher Leistungen, zum Beispiel wie im Modellprojekt „Gemeindeschwester AGnES“. Da die Mehrheit der Medizinerinnen statt der Selbstständigkeit ein Angestelltenverhältnis in einer Praxis wünsche, sei auch dies bei der Ärzteversorgung auf dem Land stärker zu berücksichtigen.

Rainer Brüderle stellte die Bedeutung eines starken Mittelstandes heraus. Er verwies darauf, dass Deutschland wegen seines guten Ausbildungssystems, des starken Mittelstandes

sowie durch das System des Föderalismus so erfolgreich sei. Denn durch die kommunale Selbstverwaltung könne individuell und gezielt auf die Gegebenheiten und Herausforderungen vor Ort reagiert werden. Da die Kommunen vielfach vor finanziellen Problemen stünden und die Folgen des demografischen Wandels große Kosten verursachen würden, müsse verstärkt auf interkommunale Zusammenarbeit gesetzt werden.

„Für mich ist Provinz nichts Negatives“, meinte der Fraktionsvorsitzende. Er komme selbst aus einem ländlichen Gebiet, sei zwölf Jahre Bürgermeister gewesen. In ländlichen Räumen sehe er keine Nachteile, sondern eine Chance – etwa durch deutlich attraktivere Preise. Mit modernen Internetverbindungen sei es mittlerweile möglich, überall gut an Informationen zu kommen.

Fortschrittsffenheit

Im Modul „Wachstum, Beschäftigung und Infrastruktur stärken“ machte Wirtschaftsminister Philipp Rösler deutlich, es hänge von der Politik ab, wie diese Regionen wahrgenommen werden. Rösler forderte in diesem Zusammenhang auch gegenüber neuen Technologien mehr „Fortschrittsffenheit“ von den Ländern. Einem idyllischen Bild nachzuhängen, löse die Probleme nicht.

Der Ausbau der Breitbandanbindung der ländlichen Räume gehe weiter voran, eine Grundversorgung sei mittlerweile fast

flächendeckend gegeben, so der Minister. Beim Ausbau in wirtschaftlich weniger attraktiven Regionen forderte Rösler mehr Innovationsfreude. Er stellte klar, dass bei der Umstrukturierung der öffentlichen Räume kein Platz für Ideologien sei.

Daseinsvorsorge

Im Modul „Neue Wege in der Daseinsvorsorge gehen“ sprach Gesundheitsminister Daniel Bahr über die Zukunft der medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen. Er riet davon ab, die demographischen Herausforderungen ausschließlich mit Katastrophenszenarien schlecht zu reden. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz habe die Koalition bereits wichtige Anpassungsprozesse eingeleitet und Anreize für junge Ärzte geschaffen, in ländlichen Räumen zu arbeiten. Gerade die personalintensive Gesundheitswirtschaft berge Chancen, die Arbeitsmarktsituation in der Fläche zu verbessern.

Die versammelten Fachpolitiker waren sich einig, dass es noch Nachholbedarf bei Standortpolitik und Regionalmarketing gibt. So müsse die Infrastruktur, gerade auch in Bezug auf digitale Kommunikationsmittel, besser ausgebaut werden. Lokale Akteure sollten sich besser vernetzen und Fördergelder gezielter und effizienter eingesetzt werden. Auch wurde so manche Stimme laut, gegenüber den Kollegen in den urbanen Zentren mit mehr Selbstbewusstsein aufzutreten. **DK**

SDL Thierhaupten feiert 20jähriges Jubiläum

Unter dem Motto „Neuer Aufbruch für das Land“ feiert die SDL am 29. Juni 2012 mit prominenten Gästen, unter anderem der Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm, dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Alois Glück, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und Autor Leo Hiemer im Kapitelsaal des ehemaligen Klosters Thierhaupten.

Im Rahmen dieser Veranstaltung überreicht der Vorstandsvorsitzende der SDL und Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert die „Diamantene Ehrennadel“ an Prof. Dr.-Ing. Holger Magel für seine Verdienste um die Gründung und Entwicklung der SDL. In den 20 Jahren haben über 27.500 Teilnehmer in rund 1.140 Veranstaltungen vom Know-how der Schule profitiert und so ihre Heimatgemeinden vorangebracht. □

Finanziell nicht verkraftbar...

(Fortsetzung von Seite 1)

se Marken bis Sommer 2013 zu erreichen, sei fast unmöglich. Deshalb müssten die Länder ihren Kommunen jetzt dringend die noch notwendigen Finanzmittel bereitstellen. Weitere erhebliche Hürden seien fehlende Grundstücke für Neubauten und ein Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

Das 10-Punkte-Programm des Bundes biete hilfreiche Ansatzpunkte, vor allem durch das Festanstellungsprogramm für Tagesmütter und durch zinsvergünstigte KfW-Kredite für Investitionen. Große Bedenken bestünden allerdings, wenn der Bund bundesweit per Gesetz Qualitätsstandards vorgeben wolle. So wünschenswert solche Verbesserungen sein mögen, fehlten neben dem noch notwendigen Ausbau der Platzzahlen dafür schlichtweg die Mittel, so Articus: „Das 10-Punkte-Programm kann helfen, schneller voranzukommen, es kann aber nicht garantieren, dass der Rechtsanspruch wirklich überall erfüllt wird.“ Bund und Länder müssten Übergangsszenarien aufstellen, wenn der Rechtsanspruch trotz aller Anstrengungen gefährdet ist. Dazu gehöre auch, Standards zu überprüfen, die für die Kinder vertraglich verändert werden können.

Ausbau dynamik

Hans-Günter Henneke, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, erklärte: „Neben der quantitativen Verbesserung der Betreuungssituation kommt es auch und vor allem auf qualitativ hochwertige Angebote an. Der aktuelle Bericht zum Stand des Ausbaus der Kinderbetreuung belegt, dass die Qualität trotz der bestehenden Ausbaudynamik sogar graduell gestiegen ist. Das unterstreicht die enormen Anstrengungen der Kommunen, ihre Angebote insgesamt weiterzuentwickeln und nicht lediglich auf ‚Masse statt Klasse‘ zu setzen.“

Gleichwohl bleibe noch viel zu tun, gerade mit Blick auf fehlende Erzieherinnen und Erzieher, was laut Henneke mehr und mehr zum Problem werde: „Was wir hier brauchen, sind zusätzliche gemeinsame Kraftanstrengungen von Ländern, Kommunen und Ausbildungsstätten mit breiter Unterstützung etwa vom Bund, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und der Wohlfahrtspflege. Nicht nur die Kommunen müssen ihre Bemühungen um Qualität und Quantität weiterführen, sondern vor allem die Länder müssen ihrer Finanzierungspflicht nachkommen. Die Kommunen sind darauf angewiesen, die für den flächendeckenden Ausbau der Krippenbetreuung notwendigen Mittel von den Ländern zu erhalten. Dies umfasst auch Maßnahmen zur Aktivierung des Fachkräftepotenzials. Die Länder dürfen sich nicht wegduckern, denn sie sind ganz klar gegenüber den Kommunen finanziell verantwortlich.“

Nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, ist die Erfüllung des Rechtsanspruchs ein gesellschaftlicher Kraftakt. Nicht nur der Staat sei gefordert, sondern auch die Wirtschaft müsse

sich stärker bemühen, die vorhandenen Betriebskindergärten weiter auszubauen und zusätzliche Tagesmütter einzustellen. Kleinere Unternehmen könnten hier zusammenarbeiten oder auch mit den Kommunen kooperieren. Auch von den Eltern erwarte man ein gewisses Maß an Flexibilität und Verständnis. Nicht jeder werde die gewünschte Betreuung für jeden Zeitraum gleich um die Ecke bekommen können. „Wir bleiben auch bei unserer Forderung, dass das Ausbauprogramm durch zusätzliche Stellen im Bundesfreiwilligendienst unterstützt werden sollte. Es muss auch das Ziel sein, jedenfalls einen Teil der Erzieherinnen und Erzieher die häufig in Teilzeit arbeiten, wenigstens für eine Übergangszeit zu bewegen, Vollzeit tätig zu werden“, meinte Landsberg.

Fachkräftemangel

„Bund, Länder und Kommunen müssen sich an einen Tisch setzen, um einen Ausweg zu finden, damit nicht Kommunen mit Klagen und findigen Schadenersatzforderungen überzogen werden“, mahnte unterdessen der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly: „Gerade in größeren Städten ist der Bedarf hoch, hier fehlt qualifiziertes Personal. Der Stellenmarkt ist wie leer gefegt. Wegen hoher Mietkosten und hoher Lebenshaltungskosten sind Fachkräfte kaum bereit, in eine Stadt zu ziehen. Und dann fehlen gerade in Städten mit hohen Immobilienpreisen Grundstücke oder geeignete Gebäude für neue Kinderkrippen.“

Maly zufolge liegt der Ursprung des Problems im Jahr 2007: Ohne Beteiligung der Kommunen hätten Bund und Länder damals beim Krippengipfel des Bundes hehre Ziele samt Rechtsanspruch formuliert. Allerdings seien vor fünf Jahren die Ausbaukosten viel zu niedrig angesetzt und der tatsächliche Ausbaubedarf drastisch unterschätzt worden.

Quote wird überschritten

Die als durchschnittliche Zielmarke angenommene Bundesquote von 35 Prozent zur Versorgung von Kindern unter drei Jahren bis zum 1. August 2013 wird nach Einschätzung des Verbandsvorsitzenden erheblich überschritten, sowohl im Landesdurchschnitt als auch in besonders betroffenen Städten. Der Bedarf an Betreuungsplätzen sei in den vergangenen Jahren erheblich stärker gestiegen als noch vor wenigen Jahren gedacht wurde – vor allem in den größeren Städten sei mit Betreuungsquoten mit über 40 Prozent wie in Augsburg und von über 50 Prozent wie in München oder Nürnberg zu rechnen.

Laut Maly stellt sich vor dem Hintergrund der rasant steigenden Bedarfszahlen die Frage, ob der Rechtsanspruch bei der vom Bund unterstellten Quote von 35 Prozent tatsächlich erfüllt ist – „dies lässt sich wohl schon heute verneinen“. Selbst bei einer Quote von 50 Prozent könnte die Nachfrage als nicht befriedigt gelten. „Die bayerischen Kommunen werden ihren Verpflichtungen zu einer flächendeckenden Krippenbetreuung auch über eine Quote von 35 Prozent hinaus nachkommen – dafür brauchen sie allerdings ein Moratorium für den Rechtsanspruch.“

Der Ausbau der Kinderbetreuung habe bei den Kommunen Priorität, fuhr der Städtetagschef fort. Dies sei selbst in Zeiten so gewesen, als das Geld knapp war. Maly: „Die Kommunen haben innerhalb von fünf Jahren das Angebot für Kinder unter drei Jahren kräftig erweitert. Damit ist Bayern aus der Schlusslichtposition deutlich nach vorne gerückt. Der Freistaat hat nicht zuletzt durch die Vorleistung der bayerischen Städte und Gemeinden aufgeholt.“

Der Ausbau der Kinderbetreuung habe bei den Kommunen Priorität, fuhr der Städtetagschef fort. Dies sei selbst in Zeiten so gewesen, als das Geld knapp war. Maly: „Die Kommunen haben innerhalb von fünf Jahren das Angebot für Kinder unter drei Jahren kräftig erweitert. Damit ist Bayern aus der Schlusslichtposition deutlich nach vorne gerückt. Der Freistaat hat nicht zuletzt durch die Vorleistung der bayerischen Städte und Gemeinden aufgeholt.“

110.000 Plätze notwendig

Im Jahr 2006 betrug der Versorgungsgrad landesweit 7 Prozent, im Jahr 2011 sind es 24 Prozent: Aktuell gibt es in Bayern rund 76.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Das Bayerische Sozialministerium geht davon aus, dass zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ab 2013 rund 110.000 Plätze notwendig sein werden; das wäre eine durchschnittliche Versorgungsquote von 36 Prozent. Allerdings schwankt der Bedarf in den kreisfreien Städten Bayerns zwischen unter 30 bis zu 60 Prozent.

Wie Maly hervorhob, tragen die Kommunen einen Großteil der Kosten. Bei den Investitionskosten für den Bau neuer Krippen hätten Bund und Freistaat die Kommunen bislang gut unterstützt, sie jedoch beim Großteil der Betriebskosten bislang im Regen stehen lassen. Investitionskosten fielen einmalig an, Betriebskosten schlugen sich jährlich in den kommunalen Haushalten nieder, etwa für Personal, Heizung und Reinigung. „Bei den Investitionskosten brauchen wir eine Fortsetzung der bisherigen Förderung. Der Freistaat muss das bis Ende 2013 laufende Bund-Land-Förderprogramm weiter führen.“

Der Vorsitzende plädierte für einen neuen Krippengipfel, in dem jährlich regelmäßig Ausbaustand, Ausbauziel und gemeinschaftliche Finanzierung abgeglichen werden. Bund und Länder hätten ohne Beteiligung der Kommunen einen Rechtsanspruch formuliert, nun dürften sich Bund und Länder nicht vor den Kosten drücken. „Wir brauchen eine verlässliche Finanzierung der Betriebskosten: Bei dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe sollten sich Bund, Freistaat und Kommunen die Kosten dritteln.“

Konnexität anerkennen

Bisher weigere sich der Freistaat, die Konnexität für den Krippenausbau anzuerkennen. Die Städte fordern, dass die beim Krippengipfel gegebene Zusage, wonach Bund, Land und Kommunen je ein Drittel der zusätzlichen Ausbaukosten zahlen, von Bund und Land eingehalten wird. Während der Freistaat sein Drittel bereits überschreite, bleibe der Bund dahinter zurück. „Es geht nicht an, dass die Kommunen weiterhin über die Hälfte der jährlich anfallenden Betriebskosten tragen“, so Maly abschließend. **DK**

Neue Mitglieder in der Genossenschaft „Klinik-Kompetenz-Bayern“ (KKB):

Versorgung auf hohem Niveau sichern

Weißenburg – Das Krankenhaus St. Josef in Schweinfurt, die Theresienklinik Würzburg und die Geomod-Klinik Gerolzhofen sind neue Mitglieder in der Genossenschaft „Klinik-Kompetenz-Bayern“ (KKB). Ziel der Genossenschaft ist es, die kommunalen und freigemeinnützigen Kliniken besser miteinander zu vernetzen. Dadurch soll die flächendeckende Klinikversorgung in Bayern dauerhaft und auf hohem Niveau gesichert werden.

Die KKB will die Wettbewerbsfähigkeit und die Marktposition der einzelnen Mitgliedskliniken durch Know-how-Transfer und Erfahrungsaustausch stärken. Die einzelnen Kliniken bleiben selbstständig. Unter den Projekten sind Themen wie Benchmark-Controlling, Interne Revision, Kodierung und MDK, Hygiene, Einkauf, Personalentwicklung, Förderberatung sowie Rechts- und Vertragswesen.

Gründung in Weißenburg

Die Genossenschaft wurde im Januar 2011 in Weißenburg gegründet. Dem freiwilligen Verbund angeschlossen sind aktuell 16 Träger mit 33 kommunalen und freigemeinnützigen Kliniken in Bayern. 5.619 Betten im akutstationären Bereich und 298 Reha-Betten werden von der Klinik-Kompetenz-Bayern repräsentiert. Insgesamt beschäftigen die Kliniken, die aktuell zur Genossenschaft zählen, 13.466 Mitarbeiter und haben ein DRG-Budget-Volumen von 691,78 Millionen Euro sowie einen Gesamtumsatz von 822,29 Millionen Euro. Die Mitglieder der Genossenschaft betreiben auch zahlreiche Altenpflegeheime

und Service-Wohnanlagen (Breitweites Wohnen).

Mitglieder

Neben den Kliniken des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen beteiligen sich als Gründungsmitglieder die Gemeinnützige Krankenhausgesellschaft des Landkreises Bamberg mbH (Klinik am Eichelberg, Steigerwaldklinik Burgebrach, Juraklinik Scheßlitz), das Klinikum Fürth, die Kliniken des Landkreises Neustadt/Aisch – Bad Windsheim (Klinik Neustadt/Aisch, Klinik Uffenheim, Klinik Bad Windsheim), die Kliniken Nordoberpfalz AG (Krankenhaus Tirschenreuth, Krankenhaus Waldsassen, Krankenhaus Kemnath, Steinwaldklinik Erbendorf, Klinikum Weiden, Krankenhaus Eschenbach, Krankenhaus Vohenstrauß, Krankenhaus Neustadt a.d. Waldnaab) die Kliniken im Naturpark Altmühltal (Klinik Eichstätt, Klinik Kösching), die Haßberg-Kliniken (Krankenhaus Haßfurt, Krankenhaus Ebern, Klinik in Hofheim), die Kreisklinik Roth, das Waldkrankenhaus St. Marien gGmbH-Erlangen und die Main-Klinik Ochsenfurt gGmbH an der Genossenschaft.

Als neue Mitglieder wurden die Kreisklinik gGmbH Bad Neustadt a. d. Saale, die Kreisklinik Wörth a. d. Donau, das Klinikum St. Marien Amberg, die Krankenhäuser des Landkreises Amberg-Weizbach (St. Anna Krankenhaus, St. Johannes Klinik) sowie vor kurzem das Krankenhaus St. Josef in Schweinfurt, die Theresienklinik Würzburg

Zwischenbilanz:

Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“

Wie gehen die Kommunen des Modellvorhabens „Ort schafft Mitte“ gegen Leerstände in ihren Ortsmitten vor? Bei der Zwischenbilanz zeichnen sich drei Strategien ab: Eine Gruppe der Gemeinden setzt auf ihre Vorbildfunktion und auf ihre Chancen als Mobilisierer. Eine zweite Gruppe versucht Marktnischen zu öffnen, in dem sie besondere Förderansätze im Einzelhandel oder bei Hotels und Pensionen erprobt. Eine dritte entwickelt neue Formen der Partnerschaft eines öffentlich-privaten Immobilienmanagements.

Mit dem Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ trägt die Oberste Baubehörde dazu bei, gezielt die Ortskerne im ländlichen Raum aufzuwerten. Innenstaatssekretär Gerhard Eck sagt dazu: „Bürgerengagement ist der Schlüssel zum Erfolg. Private, kommunale und staatliche Aktivitäten und Investitionen müssen ineinander greifen.“ Das Modellvorhaben läuft über drei Jahre. Während dieser Zeit steht den Modellkommunen

und die Geomod-Klinik Gerolzhofen aufgenommen.

Vorstand

Der nebenamtlich tätige Vorstand besteht aus Josef Götz (Kliniken Nordoberpfalz AG), Jürgen Winter (Kliniken des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen) und Dr. Alexander Schraml (Main-Klinik Ochsenfurt). Der Vorstand hofft, dass sich noch weitere Kliniken dem jungen Verbund anschließen werden. Aktuell liegen weitere konkrete Anfragen vor. Für die beteiligten Städte und Landkreise bedeute die neue Organisation eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. wefa



Bei der Übergabe der Mitgliedsurkunde waren dabei (von links): KKB-Vorstand Jürgen Winter (Kliniken des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen), Wolfgang Schirmer (Geomod-Klinik Gerolzhofen), Martin Stapper (Krankenhaus St. Josef in Schweinfurt und Theresienklinik Würzburg), Schwester Lydia Wießler (Generalassistentin der Kongregation der Erlöser-Schwestern), KKB-Vorstand Dr. Alexander Schraml (Main-Klinik Ochsenfurt) und KKB-Vorstand Josef Götz (Kliniken Nordoberpfalz AG). Foto: KKB

„Mit der Städtebauförderung können wir den ländlichen Raum wirkungsvoll stärken, zukunftsfähig gestalten und als lebenswerte Heimat für mehrere Millionen Menschen erhalten“. Wie wichtig die Städtebauförderung für die Staatsregierung ist, zeigt sich auch in den dafür bereitgestellten Haushaltsmitteln. 2012 hat der Freistaat Bayern seinen Ansatz um 34 Millionen Euro auf rund 97 Millionen Euro Landesmittel aufgestockt. Davon sind 17 Millionen Euro zur Leerstandsbesetzung sowie für Maßnahmen des Modellvorhabens „Ort schafft Mitte“, 14 Millionen Euro für Gewerbe- und Industriebrachen und drei Millionen Euro für die Konversion militärischer Liegenschaften vorgesehen.

Die Modellvorhaben werden in

den Städten Freyung, Kemnath, Röttingen und Schrobenhausen, den Märkten Mitwitz, Schnaittach und Stadtlauringen, den Gemeinden Blaibach und Mertingen sowie im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit der Städte Schwarzenbach a. Wald, Selbitz und Naila ausgeführt.

Die Gemeinde Blaibach wird seit 1999 von der Städtebauförderung unterstützt. Die bereits begonnene Sanierung des 'Blauen Hauses' sowie die geplante Wiederbelebung der Ortsmitte mit kulturellen Nutzungen sind vorbildliche Projekte der Gemeinde, um ihre Ortsmitte zu stärken.

Die Broschüre zur Zwischenbilanz sowie weitere Informationen zum Modellvorhaben sind unter <http://www.ortschaftmitte.de> abrufbar.

„GEMEINSAM KRAFT ENTFALTEN.“

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

EIN GEWINN FÜR ALLE

Die Genossenschaften

Gemeinsam kann man seine Ziele besser erreichen als allein. Das ist der Grundgedanke einer jeden Genossenschaft. Wussten Sie eigentlich, dass Volksbanken Raiffeisenbanken auch Genossenschaften sind? Werden Sie Mitglied und profitieren Sie als Teilnehmer Ihrer Bank von der Stärke unserer Gemeinschaft. Wir beraten Sie gern. vr-banken-bayern.de

Wir machen den Weg frei.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Großraum München:

Herrmann setzt sich für mehr bezahlbaren Wohnraum ein

Die Lage auf dem Münchner Wohnungsmarkt ist angespannt. Doch die Bayerische Staatsregierung steuert mit einer aktiven Wohnungspolitik dagegen. „Für die Bayerische Staatsregierung hat die Wohnraumförderung eine hohe Priorität. Allein damit kann man die zunehmenden Wohnungsmarktanspannungen im Ballungsraum München jedoch nicht lösen. Wir müssen zum Beispiel auch die Investoren im frei finanzierten Wohnungsbau gewinnen. Ich werde mich daher weiterhin dafür einsetzen, dass der Wohnungsbau bundesweit durch bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten angekurbelt wird“, sagte Innenminister Joachim Herrmann bei einem Pressegespräch zum Wohnen im Großraum München.

„Ich werde außerdem die maßgeblichen Akteure und Fachleute zu einem offenen Gedanken- und Meinungsaustausch einladen“, fuhr der Minister fort. Mit dem Zweckentfremdungsrecht hat die Staatsregierung bereits ein Instrument entwickelt, das sich gerade in der Landeshauptstadt als wirksames Werkzeug zur Sicherung von Wohnraum erwiesen hat. Zudem ermöglicht das Bayerische Wohnungsbindungsrecht den Kommunen eine gezielte Belegung von preisgünstigem Wohnraum je nach Bedürftigkeit.

Doch die Staatsregierung sieht auch die Stadt gefordert. Die muss die Baurechtschaffung forcieren. Die verfassungsrechtlich festgeschriebene Planungshoheit der Kommunen ist ein wichtiges Steuerungsinstrument zur Schaffung von Bauflächen. So sind zum Beispiel die neuen Stadtviertel an der Nordheide, am Ackermannbogen, in Riem, auf der Theresienhöhe und die Bebauung auf den Konversionsflächen der Bahn an der Arnulfstraße, Landsbergerstraße und im Hirschgartenareal

entstanden. Auch weitere Konversionsgelände, wie die ehemalige Funk- und Bayernkaserne, müssen jetzt schnell dem Wohnungsbau zugeführt werden.

Modellprojekt

Das vom Freistaat Bayern mit Zuschüssen geförderte Modellprojekt „Siedlungsentwicklung und Mobilität“ hat ergeben, dass es in der Stadt München und in den Umlandgemeinden im Umkreis der U-Bahn- und S-Bahn-Stationen noch potenzielle Wohnbauflächen in beträchtlichem Umfang gibt. Herrmann: „Die Überplanung und Bebauung dieser Flächen könnte ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von mehr Wohnraum sein. Hier sind die Umlandgemeinden gefragt. Daneben gibt es gute Beispiele, wie man in Wohnanlagen und Wohnvierteln nachträglich mehr Wohnungen unterbringen kann. Eigene Grundstücke setzt der Freistaat nach Möglichkeit zum Wohnungsbau ein. Seit 2005 errichtete die Stadi-Bau GmbH 800 Woh-

nungen in München. In Bau sind noch einmal 100 Staatsbedienstetenwohnungen in der Schachenmayerstraße.

Falscher Weg

Um zusätzliche Einnahmen zu erhalten, haben in den letzten Jahren mehrere Bundesländer die Grunderwerbssteuer angehoben. 2011 hat das grün-rot regierte Baden-Württemberg die Grunderwerbssteuer von 3,5 auf fünf Prozent angehoben. Zum 1. April ist das Land Berlin mit einer Er-

höhung von 4,5 auf fünf Prozent gefolgt. Herrmann hält das für den falschen Weg. „Es macht keinen Sinn, wenn der Staat mit der einen Hand die Wohneigentumsbildung mit Förderdarlehen unterstützt und mit der anderen Hand das Geld mit der Grunderwerbssteuer wieder nimmt. Wir heben die Grunderwerbssteuer nicht an!“

Bayern fordert beim Neubau von Mietwohnungen einen degressiven Abschreibungssatz von vier Prozent in den ersten acht Jahren. Außerdem sollen Bauherren, die ihre Neubauten über die gesetzlichen Anforderungen hinaus energetisch optimieren, zusätzlich gefördert werden. Bisher stieß ein entsprechender Gesetzentwurf Bayerns auf den Widerstand anderer Bundesländer. Auch der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde 2011 im Bundesrat gegen die Stimmen Bayerns abgelehnt. □

Gym in Tittmoning:

Europäisches Turnerzentrum in Eigenregie

Mit bereits ansehnlichen Erfolgen können die Leistungsturnerinnen des Gym in Tittmoning aufwarten. Bei bayerischen und deutschen, ja sogar internationalen Wettbewerben sind sie längst vertreten. Angeregt von Vorbildern in den USA ist auf oberbayerischem Boden Deutschlands erstes privat finanziertes und geführtes Trainingszentrum für den Turnsport entstanden.

Weil in der Region passende Trainingseinrichtungen für den Turnernachwuchs im Spitzensport fehlten, ließ der Unternehmer Dr. Andreas Greither, selbst Vater zweier im Turnen erfolgreicher Töchter, im Jahr 2007 die rund 1.000 Quadratmeter große Turnhalle mit Tageslicht in Eigenregie errichten. Kostenpunkt: 750.000 Euro. Nach international erfolgreichen Tur-

nierteilnahmen der Top-Turnerinnen in den USA, in Mallorca, Luxemburg, Malta und weiteren europäischen Ländern ist das Gym Tittmoning inzwischen wesentlich breiter aufgestellt.

Die Halle dürfte die am besten ausgestattete in ganz Deutschland sein. Spitzensportteams nutzen sie inzwischen zu Trainingscamps und Lehrer bzw. Trainer zu Fortbildungen. Sämtliche Gerätschaften sind hier im Gegensatz zu Mehrzweckturnhallen permanent aufgebaut. In einem Becken mit Schaumstoffschnitzeln können überdies neue Sprünge geübt werden. Das Spektrum des Gym Tittmoning Training Center reicht aber noch weiter: Ein angegliedertes Fitnessstudio mit modernsten Geräten, ein kleines Freiluftschwimmbad mit Strandkörben und Freiluftmöblierung zum Entspannen sowie eine Sauna und Freiluft-Trampolins sorgen für den nötigen Spaß.

Abstimmung auf individuelle Bedürfnisse

Über 100 Turner zwischen vier und 84 Jahren werden im Gym nach einem 10-Level-Programm betreut. Dieses wurde von Cheftrainerin Natalie Pitzka entwickelt, um die Turner je nach ihrem Leistungsstand mit unterschiedlicher Intensität und geeigneten Übungen betreuen zu können. Somit besteht die Möglichkeit, auch in fortgeschrittenem Alter noch einzusteigen.

Ziel ist es, die Freude am Sport und der Bewegung zu fördern, die Gesundheit zu verbessern sowie gleichermaßen den Spitzen- und Breitensport im Turnen zu unterstützen. Dafür sorgen bestens ausgebildete Trainer, hochwertige Geräte auf internationalem Wettkampfniveau und die enge Zusammenarbeit mit Sportmedizinern und -physiotherapeuten. „Gerade bei der heutigen Bewegungsarmut ist Turnen für Kinder ideal“, stellt Natalie Pitzka fest.

Mit dem Gym in Tittmoning wurden die besten Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Bayern wieder eine größere Rolle im Turnsport spielt. Wie Geschäftsführerin Marianne Greither betont, sei der Aufstieg in die zweite Bundesliga der bisher größte Erfolg für das Gym gewesen. „Wir gehören zu den 16 besten Vereinen bundesweit.“ Da ist der Traum vom Aufstieg in die Erste Bundesliga nicht weit: „Das schaffen wir auch noch“, ist die Geschäftsführerin überzeugt. **DK**

Der Bürgerkirche eine Zukunft geben

Ehrgeiziges Projekt des Kirchenbauvereins der Regensburger Neupfarrkirche e. V.

Ein europäisches Dornröschen wird geweckt: Der Kirchenbauverein der Regensburger Neupfarrkirche e. V. realisiert derzeit in der bayerischen Universitätsstadt Regensburg ein kulturhistorisch herausragendes Projekt von europäischem Rang.

Seit Anfang des Jahres wird die im 16. Jahrhundert erbaute und im 19. Jahrhundert vollendete Evangelisch-Lutherische Neupfarrkirche, geographischer Mittelpunkt der Universitätsstadt Regensburg und Baudenkmal von überregionaler Bedeutung, saniert. Der erste Bauabschnitt ist so gut wie vollendet. An dem ebenso mutigen wie ehrgeizigen Veränderungskonzept arbeitet der Kirchenbauverein der Regensburger Neupfarrkirche, bestehend aus einer kleinen Gruppe Regensburger Bürger, seit mittlerweile acht Jahren.

Perspektive für das Bauwerk

Mit der hier vorgelegten Initiative hoch engagierter Bürger wird nach den Worten von Oberbürgermeister Hans Schaidinger „diesem Ort und diesem Bauwerk eine Perspektive gegeben, die würdig an die Geschichte anknüpft und ihr den Weg in eine aussichtsreiche Zukunft weist“.

Ursprünglich gehörten die Neupfarrkirche und der sie umgebende Platz zum mittelalterlichen Wohngebiet der jüdischen Bürger dieser Stadt. Die Pogrome des Februar 1519 und die anschließende Vertreibung der Juden beendeten jedoch das jahrhundertlange friedliche und tolerante Zusammenleben der jüdischen und christlichen Bevölkerungsteile auf schreckliche Weise. Die Wohngebäude der Juden und die altherwürdige romanische Synagoge wurden eingerissen.

Bewegte Geschichte

Überreste der jüdischen Siedlung sind heute im „document Neupfarrplatz“ unter dem Neupfarrplatz zu besichtigen. An der Stelle der früheren Synagoge befindet sich seit 2005 das begehbbare Gedenkareal des jüdischen Künstlers Karavan. Auf dem Gelände der alten Synagoge wurden unverzüglich eine Holzkapelle und eine triumphalistische Marienfigur errichtet, kurz danach begann der Bau der heutigen Neupfarrkirche.

Die Kirche organisierte rasch eine „Wallfahrt zur Schönen Maria“, und der Ort wurde mit

25.000 gelesenen Messen in nur drei Jahren eine der meistbesuchten Wallfahrtstätten Europas. Die Stadtväter Regensburg beauftragten den aus Augsburg stammenden Architekten Hans Hieber mit dem Bau der heutigen Kirche, die jedoch nicht seinen prunkvollen Plänen gemäß ausgeführt wurde, sondern lange Zeit ein Fragment aus Ostchor, Hauptschiff und den Zwillingstürmen blieb. Erst in den Jahren 1860 bis 1863 wurde die Kirche durch den Münchner Architekten Ludwig Foltz in ihrer heutigen Form vollendet.

Die Neupfarrkirche ist der bedeutendste kirchliche Renaissancebau der Region. Hier vereinigen sich mittelalterliche Stilelemente mit spätgotischen und diversen für die damalige Baukunst völlig neuartigen italienischen Formen.

Reformation

1542 trat Regensburg zur Evangelisch-Lutherischen Konfession über. Am 15. Oktober 1542 wurde in dieser Kirche erstmals das Abendmahl unter beiderlei Gestalt ausgeteilt. Die ehemalige katholische Wallfahrtskirche zur Schönen Maria wurde nun zur „Neuen Pfarre“ des evangelischen Regensburg.

Eine Million Euro hat der Kirchenbauverein inzwischen bereits aufgewendet, um den maroden Sandsteinsockel und das Kirchenäußere wieder herzustellen. Wie Projektleiter Jan von Hassel, stellvertretender Vorsitzender des Kirchenbauvereins der Regensburger Neupfarrkirche e. V. betont, „versuchen wir, das optimal Erreichbare zu realisieren“.

Sponsoren-App

Weitere sechs bis sieben Millionen Euro fehlen dem Förderverein noch, um die Neupfarrkirche, die ein Projekt der UNESCO-Welterbestätte Regensburg ist, auch im Inneren auf ihren Urzustand zurückzuführen. Zusagen gibt es bereits von der Landeskirche und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Für den Rest muss auch privates Mäzenatentum herangezogen werden. Der Förderverein hat dazu unter anderem ein per Smartphone abrufbares Sponsoren-App entwickelt. **DK**

BayBO handlich und verständlich.

Schnelle Orientierung

- Der »Schwarzer/König« vermittelt die Grundzüge der BayBO in ihrer neuesten Fassung und beantwortet für die Praxis bedeutsamen Einzelfragen
- gibt Hinweise auf die obergerichtliche und höchstrichterliche Rechtsprechung sowie auf weiterführende Literatur
- behandelt die Themen, die in der täglichen Praxis der Gerichte und Baubehörden immer wieder auftauchen.

Komprimierte Darstellung

Die Neuauflage kommentiert in komprimierter Form das durch die Änderungsgesetze der Jahre 2008 und 2009 in Anlehnung an die Musterbauordnung nochmals umfangreich geänderte Gesetzeswerk. Damit bietet der »Schwarzer/König« eine handliche Ergänzung zu den Großkommentaren der Bayerischen Bauordnung.

Mit einem Griff informiert

sind dank neuem »Schwarzer/König« vor allem Verwaltungsbeamte, Rechtsanwälte und Richter, aber auch Bauherren, Architekten und Ingenieure.



Aus erster Hand:

Der Autor Helmut König war als Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof täglich praktisch mit der BayBO befasst und gilt als profunder Kenner der Materie.

Leseprobe: www.beck-shop.de/23673

Fax-Coupon

Exp. 978-3-406-57511-2
Schwarzer/König, Bayerische Bauordnung
4. Auflage, 2012, XIX, 482 Seiten. In Leinen € 62,-

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum/Unterschrift _____ 151551

Bestellen Sie bei Ihrem Buchhändler oder bei:
beck-shop.de oder Verlag C.H. BECK, 80791 München
Fax: 089/38189-402 - www.beck.de



Preis inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten € 1,50 in Deutschland bei Einzelbestellung beim Verlag

Garching investiert in die Zukunft

Grundsteinlegung für den Neubau des Werner-Heisenberg-Gymnasiums

„Es wird ein großes Projekt für unsere Stadt, diesen Neubau auf den Weg zu bringen, die Finanzierung zu sichern und den Bau in vergleichsweise kurzer Zeit durchzuführen“, betonte Garchings Bürgermeisterin Hannelore Gabor bei der Grundsteinlegung für den Neubau des Garchinger Werner-Heisenberg-Gymnasiums, kurz WHG. Bis Herbst 2013 soll das neue und (inklusive Abriss des alten Gebäudes) 46,6 Millionen teure WHG stehen.

22,2 Millionen Euro beträgt dabei Garchings Anteil. Ismaning beteiligt sich mit 16,8 Millionen Euro und Unterföhring mit 4,3 Millionen Euro. Der Landkreis bezuschusst das Projekt mit neun Millionen Euro und von der Regierung gab es 1,625 Millionen Euro als Zuschuss. Gabor zufolge „ist dies zwar viel Geld und ein gewaltiger Kraftakt für Garching“, doch frei nach John F. Kennedy lasse sich sagen: „Nichts ist teurer als keine Bildung.“

Um den ehrgeizigen Zeitplan einhalten zu können, legten Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, Zweckverbandsvorsitzende Hannelore Gabor mit ihren Nachbargemeindeleitern Michael Sedlmair und Franz Schwarz, Landrätin Johanna Rumschöttl, Hausherr Dr. Ulrich Hauner sowie Architekt Peter Schwinde selbst Hand an.

Im Neubau des WHG erwarten Lehrer- und Schülerschaft in der Zukunft großzügige, übersichtliche Räumlichkeiten wie die lichtdurchfluteten Klassenzimmer, die modern ausgestatteten Labors und Fachräume und die vielseitig zu nutzende Turnhalle. Das Gebäude wird funktionsgerecht, hat aber dennoch Atmosphäre und wird sich in seiner Architektur harmonisch in unser Ortsbild einfügen.

Bei der Grundsteinlegung erinnerte Kultusminister Spaenle daran, wie selten es ist, wenn eine Schule durch ihren Namenspatron selbst mit eröffnet wird. Werner Heisenberg war 1971 dabei, als das nach ihm benannte Gymnasium in Garching ein-

geweiht wurde. „Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn man alles vergisst, was man gelernt hat“, zitierte Ludwig Spaenle den weltberühmten Wissenschaftler. Der Physiker sei damit „ganz dem Bildungsgedanken des bayerischen Gymnasiums verpflichtet“, so der Minister. „Bildung ist ein verinnerlichtes, wertebasiertes Wissen und Können, das wie selbstverständlich angewendet werden kann, das zum Denken anregt und ein selbst bestimmtes und erfolgreiches Leben ermöglicht.“

Hoher Anspruch

Mit der Benennung des Gymnasiums „nach einem höchst renommierten Wissenschaftler, der zu den bedeutendsten Physikern überhaupt zählt und die Quantenphysik mitbegründet hat, drückt die Schule einen hohen Anspruch an das eigene Bildungsprogramm aus“, hob Spaenle hervor. Dieser hohe Anspruch zeige sich in der Schule besonders in der Förderung in den naturwissenschaftlichen Fächern.

„Die Schülerinnen und Schüler profitieren dabei auch von dem eindeutigen Standortvorteil ihres Gymnasiums“, so der Minister. „Garching zählt als internationales Zentrum der Wissenschaft und Forschung zur Weltspitze im naturwissenschaftlich-technologischen Bereich.“ Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums hätten daher beste Zukunftschancen. □

Langjähriger LBS-Chef Gerhard Dittler:

Gratulation zum 75. Geburtstag

Förderer des Sparkassen-Verbundes
Wirnhier: „Unternehmen überaus erfolgreich geführt“

Gerhard Dittler, ehemaliger Sprecher der Geschäftsleitung der LBS Bayern, feiert am 23. Juni seinen 75. Geburtstag. „Sein großes Engagement über einen Zeitraum von 25 Jahren in der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse war stets auf die Förderung des Sparkassen-Verbundes ausgerichtet“, betont Dr. Franz Wirnhier, Sprecher der Geschäftsleitung 5 der LBS Bayern.

„Das Unternehmen hat in dieser Zeit eine überaus erfolgreiche Entwicklung genommen. Während der Bausparsummenbestand 1985 noch bei 21,6 Milliarden Euro lag, hatte er sich bis Jahresende 1999 nahezu verdoppelt auf 41 Milliarden Euro. Die Zahl der LBS-Kunden stieg in dieser Zeit von 900.000 auf mehr als 1,4 Millionen.“

Große Verdienste

Gerhard Dittler hat sich von 1974 an als Mitglied der Geschäftsleitung und von 1985 bis 1999 als deren Sprecher große Verdienste um die LBS Bayern und die Sparkassen-Finanzgruppe erworben, was mit der Verleihung der Bayerischen 15 Sparkassenmedaille in Gold gewürdigt wurde. Unter anderem setzte er sich für die Beibehaltung des Regionalprinzips ein und wirkte so dabei mit, dass 1990 die LBS Ost in den

Strukturen des sparkassentypischen Regionalprinzips ge-



Gerhard Dittler. □

gründet wurde. 2002 wurde ihm das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. □

Bayern beim Bausparen in Deutschland vorn

Die Menschen in Bayern zählen zu den eifrigsten Bausparern in Deutschland. 36,6 Prozent aller Menschen ab 14 Jahren im Freistaat besitzen mindestens einen Bausparvertrag, wie aus einer repräsentativen Studie von TNS Infratest hervorgeht, auf die die LBS Bayern hinweist. Damit liegt die Bausparquote in Bayern deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 29,4 Prozent.

Im Vergleich der Bundesländer hat der Freistaat den zweithöchsten Anteil von Bausparern. Nur in Baden-Württemberg sparen noch mehr Menschen für ein Eigenheim. Hier liegt die Quote bei 37,9 Prozent. Auf den weiteren Plätzen liegen Niedersachsen (33,2 Prozent), Rheinland-Pfalz (30,8 Prozent) und Sachsen (30,6 Prozent). □

Das Miteinander möglich machen

Inklusion: Lob an Einzelintegration in Kitas
Scharfe Kritik am Bau neuer Wohnheime

Würzburg. Hunderte Kinder mit Behinderung profitieren davon, dass der Bezirk ihre Integration in Kindergärten speziell fördert - obwohl er dies von Gesetzes wegen gar nicht tun müsste. Fast vier Millionen Euro investiert der Bezirk freiwillig hierfür. Das Angebot wird von Eltern jedes Jahr stärker nachgefragt. Aktuell sind 586 behinderte Kinder, fast 50 mehr als im Vorjahr, in Regelkindergärten, regulären Krippen oder Horten integriert. Die Nachfrage steigt allerdings in den verschiedenen Regionen unterschiedlich an.

Während sie sich in Main-Spessart kaum geändert hat, wuchs sie in der Stadt Würzburg stark an: Über 100 behinderte Kinder, die in eine reguläre Kita gehen, werden derzeit hier gefördert. 2011 waren es erst 87. Im gesamten Kreis Main-Spessart sind es 50, in Kitzingen nur 32 und im Kreis Bad Kissingen gleichbleibend 36. In der Stadt Schweinfurt sank die Zahl sogar leicht von 14 auf 10. Auch bezogen auf die Einwohnerzahl ist die Stadt Würzburg gefolgt vom Kreis Rhön-Grabfeld Spitzenreiter in Sachen Einzelintegration behinderter Kinder. Schlusslicht in der einwohnerbezogenen Tabelle sind die Stadt Schweinfurt und der Landkreis Miltenberg.

Förderung von Wohnheimen noch zeitgemäß?

Während die Einzelintegration einhellig begrüßt wurde, kreuzten sich im Sozialausschuss des Bezirkstags die Ansichten, ob die Förderung von Wohnheimen für behinderte Menschen noch zeitgemäß ist. Auslöser waren zwei Anträge auf den Neubau von Wohnheimen, die vom Sozialausschuss beraten wurden. So wollen die Rummelsberger Anstalten im Kreis Haßberge zwei Wohnheime für jeweils 24 behinderte Menschen bauen. Dafür soll das Heim Schloss Ditterswind in Maroldsweisach mit 71 Plätzen aufgelöst werden. Die Lebenshilfe plant in Schweinfurt ebenfalls ein Wohnheim mit 24 Plätzen für Menschen mit einem schweren Handicap.

Divergierende Ansichten

Für den grünen Bezirksrat Michael Gerr (Würzburg) sind Wohnheime keine gute Lösung mit Blick auf den Gedanken „Inklusion“. Für akzeptabel hält der Rollstuhlfahrer allenfalls Wohngemeinschaften mit höchstens sechs behinderten Menschen. Eine Ansicht, mit der er nicht alleine stand. Auch Kathi Petersen (Schweinfurt) von der SPD-Fraktion sprach sich dagegen aus, Menschen „auszudifferenzieren“. Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (Wörth) hingegen ist überzeugt, dass es größere Wohnheime auch im Zeitalter des Gedankens Inklusion noch braucht. Für den CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Motsch stellen die geplanten Wohnheime gar „inklusive Einheiten“ dar.

Dass es im Lebensfeld Wohnen nur mühsam vorangeht mit dem Gedanken „Inklusion“, liegt vor allem an finanziellen Gründen. Laut Jochen Lange, Leiter der Sozialverwaltung des Bezirks, ist ein Wohnheim für schwer behinderte

Menschen mit weniger als 24 Plätzen kaum wirtschaftlich zu betreiben: „Dann wird es schwierig, die Nachtwache zu finanzieren.“ Wolfgang Trosbach von der unterfränkischen Lebenshilfe wünschte, in der nicht öffentlichen „Arbeitsgemeinschaft Behindertenarbeit“, die vor jedem Sozialausschuss stattfindet, eine Grundsatzdiskussion zum Thema „Wohnheime“ zu führen. Die beantragten Wohnheime wurden mit drei Gegenstimmen vom Ausschuss genehmigt.

Pat Christ

Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer:

Das Mittelalter an authentischem Ort erleben

„Prunner Codex“ bereichert Sonderausstellung auf Burg Prunn

Eine der besterhaltenen Burgen Deutschlands! „Auf der spektakulär gelegenen Burg Prunn wird das Mittelalter mit seinen Lebensformen wieder lebendig. Ein authentischer Ort für Ritter und Recken sowie die Heimat einer der ältesten Handschriften des Nibelungenliedes, des 'Prunner Codex'“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer bei der Eröffnung der Sonderausstellung der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen „Ritter, Recken, edle Frauen – Burg Prunn und das Nibelungenlied“ fest.

In den letzten Jahren habe der Freistaat viel in die Burg investiert, zuletzt mit Dachstuhl- und Mauersanierungsmaßnahmen und einer Verbesserung des Besucherservices für 2,44 Millionen Euro. Es sei nicht nur ein einmaliges Burgmuseum, sondern zugleich auch ein Literaturmuseum in der attraktiven Umgebung von Kelheim entstanden. Das Nibelungenlied gelte als einer der bedeutendsten Texte deutscher Literatur des Mittelalters.

Bayerisches Heldenlied

„Wir freuen uns sehr, dass die Handschrift, der 'Prunner Codex', jetzt bis Ende Juli auf Burg Prunn präsentiert wird, wo sie im 16. Jahrhundert aufgefunden wurde. Das Nibelungenlied kann nicht zuletzt auch als bayerisches Heldenlied gelten“, hob Pschierer hervor. Die Handschrift datiert auf die Zeit um 1330.

Die Sonderausstellung in dem neuen Museum auf Prunn gebe Auskunft zu interessanten Mittelalterthemen wie dem Burg-

bau, der Jagd, der mittelalterlichen Kleidung sowie der Bedeutung der Frauen in dieser Zeit. Kriemhild etwa werde als Heldin des Nibelungenliedes im „Prunner Codex“ eigens in roter Überschrift hervorgehoben.

Burg- und Literaturmuseum

Pschierer: „Burg, Ritter, Recken, Heldinnen und allerhand erzählenswerte Ereignisse rund um Nibelungen, Bayernland und mittelalterliche Lebensformen kann man nun in diesem Burg- und Literaturmuseum kennenlernen. Ein Besuch soll anregen und neugierig machen sowie Freude an der Beschäftigung mit unserer reichen Kultur und Geschichte des Mittelalters stärken“.

Die Sonderausstellung „Ritter, Recken, edle Frauen – Burg Prunn und das Nibelungenlied“ ist auf der Burg Prunn im Altmühltal bis 30. September 2012 täglich von 9.00 bis 18.00 Uhr (letzte Führung: 17.00 Uhr) zu sehen. Weitere Informationen unter: www.burg-prunn.de oder www.schloesser.bayern.de □

Besuchen Sie uns am 28. Juni 2012 auf dem 5. Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung im Bürgerhaus Garching bei München.

Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördern wir die energetische Sanierung Ihrer Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur.

Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Thermenlandschaft in Bad Füssing:

Heilwirksame Attraktion

Europas weitläufigste und wohltuende Thermenlandschaft wächst auf über 12.000 Quadratmeter

Bad Füssing (obx) - Bad Füssing im Bayerischen Golf- und Thermenland verwöhnt seine Gäste mit Europas weitläufigster Thermenlandschaft mit mehr als 100 verschiedenen Therapie-, Bade-, Entspannungsbecken und insgesamt 12.000 Quadratmetern Wasserfläche. Jetzt gibt es in Bad Füssing eine ganz neue heilwirksame Attraktion: Thermalbadepools direkt im Hotelzimmer.

Es sind nur rund 40 Quadratmeter, um die Bad Füssings Thermalwasserflächen durch die neuen Thermalsuiten wachsen. Aber es sind 40 Quadratmeter, die ganz Besonderes versprechen: „Hotelzimmer mit eigenen Thermalbädern quasi direkt neben dem Bett, ich weiß nicht, wo es so etwas ein zweites Mal gibt“, sagt Bad Füssings Kurdirektor Rudolf Weinberger.

„Heilwassertempel“

Die jetzt eröffneten privaten „Heilwassertempel“ quasi innerhalb der eigenen vier Hotelzimmerwände eröffnen den Gästen im 5-Sterne-Appartementhotel Waldeck exquisite Perspektiven: Aus den bequemen Thermalwannen im Zimmer heraus kann man durch verglaste Wände auf den weitläufigen Bad Füssinger Kurpark sehen. Die Thermalwhirlbecken selbst sind mit High-Tech-Sprudel, Massageprogrammen und beliebig farbig wechselnder Unterwasserbeleuchtung ausgestattet.

Seit einigen Wochen sprudelt die neue Thermenattraktion. Per Knopfdruck werden die Pools mit Bad Füssings legendärem Heilwasser gefüllt, das seit über 70 Jahren aus rund 1.000 Metern Tiefe und drei Quellen entspringt. 100.000 Liter davon fließen pro Stunde in die weitläufige Thermenwelt der drei großen Thermen oder in die Becken der Therapie- und Wellness-Abteilungen in 27 Hotels, Kliniken und Sanatorien, die direkt mit dem wertvollen Thermalwasser versorgt werden.

Eintauchen und aufleben ist das Motto der Gesundheits- und Wellness-Urlauber aus ganz Europa, die heute Bad Füssing besuchen. 1,8 Millionen Gäste aus Bayern, Deutschland und Europa kommen jedes Jahr in Europas

übernachtungsstärkstes Heilbad nahe Passau, um die legendäre Wirkung dieses heißen schwefelhaltigen Quellwassers hautnah zu erleben. Bad Füssings Heilquellen, in den 1930-er Jahren durch Zufall bei der Erdölsuche entdeckt, sind bis heute auch der Erfolgsmotor für den Aufstieg des einstigen niederbayerischen Weilers zum „Star“ unter den über 300 deutschen und den weit über 1.000 Heilbädern in Europa.

Unbeschwerte Kur: Ins Wasser legen und die Heilwirkung spüren

Bad Füssing entspannt seine Gäste auf besondere Weise: ohne große Anstrengung oder belastende Übungsprogramme. Einfach ins Thermalwasser legen und die heilende Wirkung bei Rheuma, Gelenk- und Rückenproblemen erleben, ist das Motto der meisten Thermenbesucher. Studien bestätigen die Wirkung: 70 Prozent von 3.000 befragten Gästen berichteten im Rahmen einer breit ange-

legten Untersuchung von einer deutlichen Linderung ihrer Schmerzen in Gelenken und Wirbelsäule und ganz erheblicher Besserung der Beweglichkeit.

Ständig wird das Angebot an wohltuenden Attraktionen für Kurgäste, Wellness- und Gesundheitsurlauber erweitert: vom Thermalwasserfall bis zu asiatischen Entspannungsprogrammen, von der Super-Sauerstofftherapie im Thermalwasser bis zum 18-Loch-Golfplatz, speziell modelliert für Golfer mit Gelenkproblemen. Eine weitere Attraktion Bad Füssings: die oft mehrere 100 Meter langen Strömungskanäle, die zum beinahe schmerzlosen Flanieren im warmen, heilenden Nass einladen.

Auf vielen Gebieten der modernen Balneo-Medizin ist Bad Füssing bis heute Vorreiter und Vorbild für andere Kurorte und „Treffpunkt Gesundheit“ der Deutschen geworden. „Unser stärkster Trumpf im Wettbewerb um die Gäste aber bleibt das Thermalwasser“, sagt Kurdirektor Rudolf Weinberger. Das ist ein Grund für den hohen Stammgäste-Anteil: 85 Prozent der Bad Füssing-Gäste kommen immer wieder. „Einige waren bereits 100 Mal bei uns“, berichtet der Kurdirektor. □

Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme 2012:

Teil V – Städtebaulicher Denkmalschutz

Als Drittes der Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramme wurden nun die Mittel des Programms Teil V – Städtebaulicher Denkmalschutz zugeteilt. Für neun Kommunen in der Oberpfalz stehen insgesamt 1.381.000 Euro Bundes- und Landesfinanzhilfen zur Verfügung.

Neu in das Programm aufgenommen wurde dieses Jahr die Stadt Schwandorf mit dem Sanierungsgebiet Innenstadt.

Ziel des Programms ist es, bau- und kulturhistorisch wertvolle Stadt- oder Ortskerne auf breiter Grundlage zu sichern und zu erhalten. Im Vordergrund steht dabei die Bewahrung der denkmalwerten Bausubstanz. Bei der Maßnahmenauswahl finden innovative Lösungen, die sich mit aktuellen Themen wie der Energieeffizienz und dem demografischen Wandel im historischen Bestand auseinandersetzen, besondere Beachtung.

Zu den Herausforderungen in diesem Programm zählen insbesondere auch der Klimaschutz und die Energieeffizienz. Dazu gehören auch überzeugende technische Lösungen für die energetische Sanierung von Einzeldenkmälern. □



Europas weitläufigste Thermenlandschaft in Bad Füssing: Die Gäste haben die Freude der Wahl zwischen 100 verschiedenen Bewegungs-, Entspannungs- oder auch Therapiebecken. Neues Highlight sind private Thermalwasserpools im eigenen Hotelzimmer.

Foto: Kur- & GästeService Bad Füssing/obx-news

Das Bewusstsein für Baukultur stärken

Regionaltagungen in Weimar, Münster und Ulm zum Thema „Kommunale Kompetenz Baukultur“

Baukultur ist konkret und entsteht vor Ort in unseren Städten und Gemeinden. Da ein großer Teil an baukulturellen Entscheidungen von Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunalpolitik und -verwaltungen getroffen wird, ist es wichtig, das Bewusstsein für Baukultur besonders auf diesen Ebenen zu stärken.

Hier setzt das Forschungsprojekt „Kommunale Kompetenz Baukultur“ an, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Auftrag gegeben wurde. Erste Ergebnisse des Stadtplanungs- und Architekturbüros HJPplaner aus Aachen wurden mit dem Entwurf eines „Werkzeugkastens der Qualitätssicherung“ vorgestellt. Dieser enthält konkrete Entscheidungshilfen, Handlungsempfehlungen und Verfahren zur Qualitätssicherung, die zu mehr Baukultur auf kommunaler Ebene führen sollen.

Vertiefte Erkenntnisse vor Ort präsentiert

In der Folge wurden nun drei Regionaltagungen durchgeführt, in denen die Erkenntnisse vor

Ort vorgestellt und vertieft wurden. Sie richteten sich insbesondere an diejenigen, die mit dem Thema Baukultur in kommunalen Verwaltungen und in der Kommunalpolitik befasst sind, sowie an Planerinnen und Planer und andere Multiplikatoren der jeweiligen Regionen. Die

Veranstaltungen fanden in Weimar, in Münster und in Ulm statt.

Von der Architektenkammer NRW (AKNW) wurden die Tagungen mit jeweils drei Unterrichtsstunden als Fortbildung für Mitglieder der AKNW in allen Fachrichtungen anerkannt. **Weitere Info zum Forschungsprojekt, die Kontaktdaten sowie den Entwurf des „Werkzeugkastens der Qualitätssicherung“:** www.kommunale-kompetenz-baukultur.de. □

Stadtteilkonzepte für Integration

BMVBS: Handreichung für die kommunale Praxis

Unter dem Titel „Stadtteilkonzepte für Integration“ haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Arbeitshilfe für Kommunen und alle Akteure veröffentlicht, die die Integrationsarbeit vor Ort prägen. Sie bietet praxisorientierte Hinweise für die Erarbeitung von Stadtteilkonzepten für Integration und zeigt, wie diese mit gesamtstädtischen Strategien verzahnt werden können.

Die Veröffentlichung ist das Ergebnis des Projekts „Integration und Stadtteilpolitik“ im Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnung- und Städtebau“ (ExWoSt) des Bundes. Eine PDF-Version steht unter www.bbsr.bund.de als Download bereit. □

Resolution des Bayerischen Baugewerbes:

Bauliche Infrastruktur erhalten

Die Delegiertenversammlung des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen forderte in einer in Garmisch-Partenkirchen verabschiedeten Resolution den Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung dazu auf, den steigenden und veränderten Anforderungen und Nutzungen an die bauliche Infrastruktur gerecht zu werden.

Die Resolution fordert:

- eine Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent bei gleichzeitiger Einhaltung der Regelungen der grundgesetzlichen Schuldenbremse;
- deutlich höhere und stetigere Investitionen in den Staatlichen Hochbau;
- den konsequenten Ausbau von Bayerns Verkehrsinfrastruktur auf den vorhersehbaren Bedarf;
- die bedarfsgerechte Finanzierung der Bundes- und Staatsstraßen in Bayern;
- die autobahnähnliche Aufwertung der Bundesstraßen als Querverbindungen zu Autobahnen;
- dass Verkehrsplanungen stärker auf die konkrete Bedarfsentwicklung eingehen und die Genehmigungsverfahren beschleunigt werden;
- mehr Geld für die Schienenwege;

- die Absenkung der Personalausgabenquote der Öffentlichen Hand zugunsten von Investitionen.

Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen, begründete die Resolution: „Die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Infrastruktur ist die Basis, um Wachstum und Beschäftigung im Freistaat weiter auszubauen. Von einer bedarfsgerechten Infrastrukturentwicklung ist Bayern derzeit weit entfernt. Abgesehen von den Einflüssen der Konjunkturpakete in den Krisenjahren hat sich die Investitionsquote des bayerischen Staatshaushaltes von 26,2 Prozent im Jahr 1970 auf 12,1 Prozent im Jahr 2011 mehr als halbiert. Wir fordern ein Bekenntnis der Staatsregierung und des Landtags zu bedarfsgerechten Investitionen in Straße, Schiene und öffentliche Gebäude.“ □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

Diringer&Scheidel auf der IFAT ENTSORGA:

Qualität setzt sich durch

Mit einem neuen Messestandkonzept und mit einer breitgefächerten Produktpalette hat die Diringer&Scheidel Rohr-sanierung GmbH an der IFAT ENTSORGA 2012 teilgenommen – und das mit Erfolg: „An allen Messetagen herrschte großer Andrang auf dem neu gestalteten Ausstellungsstand, wobei vor allem der hohe Anteil an Fachpublikum sehr zufriedenstellend war“, lautet das positive Fazit von D&S-Geschäftsführer Dipl.-Ing. Stefan Schikora, der darüber hinaus das Interesse der Besucher aus dem europäischen Ausland als erfreulich bezeichnet.

Die Sanierungsprofis überzeugen mit einer hochwertigen Produktpalette, die alle gängigen Verfahren für die Sanierung der unterirdischen Leitungsinfrastruktur bietet – und das auf höchstem Qualitätsniveau. Hierzu zählen Berstlining, Compact Pipe, DS CityLiner, DynTec, Haus- und Industrieliner, CP-ZA 2012, DS Kurzliner, Handsanierung, KATE Robotertechnik, Lang-, Kurz, Rohrstrangrelining, Montageverfahren/Großprofilisanierung, Polyesterliner, Sanflex Gewebeschlauchrelining, UV-Liner und Zementmörtelaukleidung.

Komplettlösungen

Die D&S Rohr-sanierung ver-

fügt damit sowohl über die Technik als auch über das Know-how, um technisch ausgereifte und wirtschaftlich sinnvolle Komplettlösungen anbieten zu können. Zusätzlich fand eine verstärkte Nachfrage nach bogengängigen Sanierungstechniken im Druckbereich statt. Das zeigt, dass die D&S Rohr-sanierung mit der Aufnahme des RS BlueLine-Verfahrens in ihr Portfolio den Marktanforderungen gerecht wird.

Positive Resonanz

Das wird von Planern, Auftraggebern und Netzbetreibern honoriert. Beleg hierfür sind die hohen Besucherzahlen am Stand



Erfolgreicher Messeauftritt: Mit einem neuen Messestandkonzept und einer breitgefächerten Produktpalette hat die Diringer&Scheidel Rohr-sanierung GmbH & Co. KG an der IFAT ENTSORGA 2012 teilgenommen.

Bild: Diringer&Scheidel Rohr-sanierung

und die Resonanz aus den vielen Gesprächen.

Beratungsleistung

„Dabei hat sich wieder eindeutig gezeigt, was unsere Kunden von uns erwarten“, so Schikora weiter. „Die Tendenz geht eindeutig hin zu einer umfangreicheren Beratungsleistung, und das schon während der Planungs- und Angebotsphase. Zudem setzen unsere Baupartner zunehmend auf Produkte, mit denen sich die Bauaufgaben schnell,

wirtschaftlich und nachhaltig lösen lassen.“

Große Fachkenntnis

Hierauf haben sich die Sanierungsprofis der Diringer&Scheidel Rohr-sanierung eingestellt: Mit großen Fachkenntnissen rund um das Thema Sanierung, moderner und leistungsstarker Technik sowie mit einem schlagkräftigen Team von engagierten Mitarbeitern.

IFAT ENTSORGA 2012:

Funke gewinnt Tiefbaupreis

Produkte am Puls der Zeit

Die Funke Kunststoffe GmbH zieht nach einer Woche auf der IFAT ENTSORGA 2012 ein positives Fazit: „Der Hochbetrieb, der an allen fünf Messetagen auf dem Messestand in Halle B 6 herrschte, ist Ausdruck für das große Interesse, das die Funke Produkte bei Auftraggebern, Planern und Tiefbauunternehmen hervorrufen“, erklärt Dieter Jungmann, Leiter Geschäftsbe-reich Tiefbau, Funke Kunststoffe GmbH.

Mit einem Messestandkonzept, bei dem die Hammer Tiefbauprofis und die Gebr. Fasel Betonwerk GmbH aus dem Westerwald eine gemeinsame Standfläche nutzten, und mit interessanten Produktneuheiten konnte Funke auch in diesem Jahr in München Akzente setzen. Zu den Highlights zählte unter anderem eine neuartige Innengravur in den HS®-Kanalrohren, die dafür sorgt, dass bei einer Kamerabefahrung das Alter des Rohres und weitere Herstellerangaben jederzeit einwandfrei erkennbar sind. Mit einem neuen Adapter lassen sich jetzt auch Betonrohre mit Fuß mit Kunststoffrohren sicher und dicht verbinden. Darüber hinaus haben

manent neue, leistungsstarke Produkte und praxisorientierte, wirtschaftliche Lösungen für den Bereich der Wasser-, Abwasser- und Abfallwirtschaft auf den Markt gebracht. Das Vollsortiment umfasst Rohre, Formstücke und Sonderlösungen vom Hausanschluss bis zum Sammler. Es reicht von Kunststoffrohrsystemen zur Abwasserentsorgung – hierzu gehören das HS®-und das CONNEX-Kanalrohrsystem, das KG-Rohr COEX 2000® und Auskleidungen für Betonrohre System FABEKUN® – bis hin zu Sonderrohren.

Regenwasserversickerung

Der D-Raintank® als Regenwasserversickerungssystem und die D-Rainclean®-Sickermulde für die Behandlung von Niederschlagswasser stellen weitere wichtige Produktbereiche dar. „Hinzu kommen Sonderlösungen im Anschlussbereich und bei der Verbindung von Rohren aus verschiedenen Werkstoffen oder Produkte wie das Funke Rohrlaster und das HS-Rohr Schneid- und Anfasgerät, die das Arbeiten mit Rohren im Hausanschluss- und Abwasserbereich deutlich einfacher machen“, so Jungmann weiter.

Innovationsfreudigkeit

Die Innovationsfreudigkeit des Unternehmens wird von der Branche honoriert. Sichtbares Zeichen ist unter anderem der Gewinn des von der Baufachzeitschrift tHIS ausgelobten Tiefbaupreises, der im Rahmen der IFAT ENTSORGA zum zweiten Mal vergeben wurde. Die Funke Kunststoffe GmbH gehörte gemeinsam mit der ACO Tiefbau Vertrieb GmbH zu den Unternehmen, die in 2011 eine der erfolgreichsten Produktinnovationen auf den Markt gebracht haben. Mit dem ersten Platz wurde Funke für die VPC®-Rohrkupplung ausgezeichnet: Egal ob gerippt, gewellt oder glatt – die VPC®-Rohrkupplung verbindet Rohre gleicher Nennweiten aus gleichen oder verschiedenen Werkstoffen mit unterschiedlichen Außendurchmessern dauerhaft dicht.



Gelungener Messeauftritt: Mit Produkten, die in der Fachwelt für Aufsehen sorgten, konnte Funke in München Akzente setzen. Für die Entwicklung innovativer Produkte erhielt das Unternehmen den tHIS Tiefbaupreis 2012. Bild: Funke Kunststoffe

Eimer, Wolfgang Fochtner und deren Teamleiter Andreas Vogl zeigte mit ihrem Beitrag „Das „Transmembran-Absorptions-Wärmetauscher-Konzept“ neue Wege auf, wie gleichzeitig Nährstoffe und Wärme aus Abwasser zurückgewonnen werden könnten.

Get Together

Im Abschluss an die Preisverleihung fanden sich die Teilnehmer und Sieger der Veranstaltung beim gemeinsamen „Get Together“ am Stand der HUBER SE ein, um den Abend in angenehmer Atmosphäre und bei interessanten Gesprächen ausklingen zu lassen.

die nachträglich einbaubare Funke-Hauseinführung-AW und das für Straßenabläufe mit Nass-Schlammfang weiterentwickelte System INNOLET®-G ebenso für Aufsehen gesorgt, wie die VPC®-Rohrkupplungen für Rohre mit Außendurchmessern bis 1000 mm. Besonders erwähnenswert: Für das Bauteil wurde Funke mit dem 1. Platz beim tHIS Tiefbaupreis 2012 belohnt, der im Rahmen der Münchner Messe vergeben wurde.

Vollsortiment

In der Entwicklung moderner Tiefbauprodukte liegt eine der Stärken von Funke. In den letzten Jahren hat das Unternehmen per-



Dr.-Ing. E.h. Hans Huber, Prof. Dr.-Ing. Franz Bischof, Mari-Karoliina Henriikka Winkler, Prof. Dr.-Ing. Peter Cornel, Prof. Dr. Peter Wilderer, Dr. Hui Lu, Wolfgang Fochtner, Andreas Eimer, Ministerialdirigent Dr. Christian Barth und Andreas Vogl nach der feierlichen Preisverleihung (v. l.).

Sieger des Huber Technology Prize 2012 „Zukunft Wasser“:

Energie aus Abwasser

Die Folgen des Klimawandels sind vielerorts unübersehbar. Die Verfügbarkeit von Wasser und Energie rückt damit zunehmend in den Mittelpunkt von Strategien, die großen Einfluss auf die Menschheit haben. Auch auf Abwasser wird man in vielen Teilen der Welt nicht mehr verzichten können und dieses nach unmittelbarer Aufbereitung wiederverwenden. Und von immer größer werdender Bedeutung wird die gemeinsame Betrachtung von Abwasser und Energie bei der Lösung von Herausforderungen.

Der von der Huber-Technology-Stiftung für das Jahr 2012 international ausgeschriebene Huber Technology Prize mit dem speziellen Thema „Energie aus Abwasser“ war deshalb auf diese Aufgabenstellung ausgerichtet. Zahlreiche Studenten aus dem In- und Ausland hatten dazu Ideen, Vorschläge und ausgearbeitete Projektarbeiten eingereicht. Die aus den Professoren Dr. Wilderer (TU München), Dr. Cornel (TU Darmstadt) und Dr. Bischof (HAW Amberg-Weiden), sowie dem Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt Dr. Brickwedde zusammengesetzte Jury hatte es nicht leicht, aus dem Kreis der zahlreichen Einsendungen aus Australien, China, Deutschland, Niederlande, Großbritannien ihre Wahl zu treffen.

Feierliche Zeremonie

Im Rahmen der IFAT in München wurden die Sieger durch den Festredner, Herrn Ministerialdirigent Dr. Christian Barth, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit im Rahmen einer feierlichen Zeremonie mit Grußworten vom Vorsitzenden

des Vorstands der HUBER SE, Herrn Georg Huber, bekannt gegeben und ausgezeichnet. Die Laudatio auf die Sieger hielt Prof. Dr. Franz Bischof. Die ersten beiden Preise gingen an junge Nachwuchswissenschaftler in die Niederlande und nach China.

Energiereduktion

Mari Karoliina Henriikka Winkler mit deutsch-finnischer Nationalität gewann den mit 5.000 Euro dotierten ersten Preis für ihren Beitrag „The Integration of Anammox into the aerobic granular sludge process for mainstream wastewater treatment at ambient temperatures“. Sie beschäftigte sich in diesem Beitrag mit der Entwicklung eines neuartigen Abwasserreinigungsverfahrens, welches wesentlich weniger Energie benötigt. Sie arbeitete mit an den Voraussetzungen, um dieses Verfahren auch auf den Hauptabwasserzustrom in einer Kläranlage bei normalen Abwassertemperaturen anzupassen.

Vision Wasser

Verbunden war der Geldpreis erstmalig mit einer besonderen

Glastrophäe, die der Künstler Theodor Sellner aus dem Bayerischen Wald speziell für diesen Anlass anfertigte, und die „Vision Wasser“ symbolisierte. Mari Karoliina Henriikka Winkler beendet in Kürze ihre Doktorarbeit an der TU Delft.

Reinigung salzhaltiger Abwässer

Für seinen Beitrag „An energy saving and sustainable solution to water scarcity and sewage treatment in coastal areas by integration of seawater supply and SANI process“ erreichte Dr. Hui Lu den mit 3.000 Euro dotierten 2. Platz. Seine Arbeiten hierzu führte er an der Hong Kong University of Science and Technology durch und er beschäftigte sich mit Forschungen, um ein Verfahren zu entwickeln, welches für die Reinigung salzhaltiger Abwässer weniger Energie benötigt. Als Besonderheit dieses neuen Verfahrens, welches bereits in den großtechnischen Maßstab übertragen wird, fällt zudem wesentlich weniger Klärschlamm an.

Wärmetauscher

Den mit immer noch 2.000 Euro dotierten 3. Platz erreichten drei Masterstudierende des Studiengangs Umwelttechnologien der Fakultät Maschinenbau/Umwelttechnik von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Amberg-Weiden. Die studentische Gruppe, bestehend aus. Andreas

Grabenlos gut!

DIRINGER&SCHEIDEL

ROHR SANIERUNG

Aschaffenburg · Dessau · Freiburg · Hannover · Herne · Leipzig · Mannheim
 München · Nürnberg · Oldenburg · Saar · Wetzlar · www.dus-rohr.de

Neue Infrastruktur für mobiles Breitband in Würzburg:

E-Plus Netzausbau vor erfolgreichem Abschluss

Vor fast zwei Jahren sprach die Bayerische Gemeindezeitung mit der E-Plus Gruppe über den bundesweiten Ausbaustart für die neue Infrastruktur für mobiles Breitband und den dabei praktizierten Dialog mit den Kommunen in Bayern. Der aktuelle Stand des Netzausbaus im Großraum Würzburg war für die Gemeindezeitung Anlass genug, nach konkreten Ergebnissen zu fragen und die aktuellen Entwicklungen mit den damaligen Einschätzungen zu vergleichen. Unsere Gesprächspartner - Pressesprecher Jörg Borm und Regionalleiter Stefan Schuhbauer - zeigten sich hinsichtlich des Beispiels Würzburg besonders zuversichtlich, mit Netz-Modernisierungen sowie neuen Kombinations-Flatrates zum mobilen Telefonieren und Surfen deutliche Verbesserungen für die Menschen der Mainfrankenmetropole erreicht zu haben.

GZ: Im Jahr 2010 hörten wir von Ihnen, die damals neu erworbenen Funkfrequenzen zusammen mit den vorhandenen Ressourcen nutzen zu wollen, um das E-Plus Netz fit für die Anforderungen des mobilen Datenverkehrs fit zu machen. Wie weit sind Sie damit gekommen?

Schuhbauer: Was die Geschwindigkeit der Datenübertragung angeht, hat das E-Plus Netz in den letzten beiden Jahren einen gewaltigen Satz nach vorne gemacht. Wir haben insbesondere im Raum Würzburg fast alle Richtfunkstrecken modernisiert, die das Mobilfunknetz ins Festnetz anbinden. Außerdem haben wir fast überall die neueste Generation von UMTS-Stationen ins Netz gebracht. Damit können wir Spitzendatenraten von mehr als 20 Mbit/s anbieten. Dies entspricht im realen Kundenerlebnis dem bekannten DSL-Komfort am PC – nur eben für das Smartphone. Dies ist im Raum Würzburg heute schon großflächig Realität.

Bis zum Jahresende sind lediglich noch einige komplettierende Einzelmaßnahmen abzuschließen.

GZ: Das klingt in der Tat vielversprechend. Wie weit haben sich denn ihre früheren Einschätzungen zur Entwicklung der Kundennachfrage nach mobilen Datendiensten erfüllt?

Borm: Der sich damals gerade entwickelnde Massenmarkt für mobile Datendienste ist tatsächlich weiter durchgestartet. Hat die Bundesnetzagentur für 2009 noch ein Datenvolumen von etwa 33 Millionen Gigabyte angegeben, so waren es im Jahresbericht für 2011 schon etwa 93 Millionen, die bundesweit durch die Mobilfunknetze gerauscht sind. Unser Umsatz mit mobilen Datendiensten ist infolge dessen ebenfalls deutlich gestiegen. Spätestens mit der Einführung der Kombination von Daten- und Telefonflatrates in alle Mobilfunknetze zu Preisen von etwa 20 Euro pro Monat haben verschiedene Marken der E-Plus Gruppe den

Slogan „Mobiles Breitband für alle“ mit Leben erfüllt. Schließlich ist das nicht nur eine Frage der Technik, sondern auch des Preises.“

GZ: Welche Besonderheiten kennzeichnen die Netzsituation in Würzburg?

Schuhbauer: Bestimmend sind zwei besonders hoch gelegene Standorte, sogenannte Ultra-High-Site-Standorte, die eine sehr gute Funkabdeckung der Fläche erreichen. Einer davon befindet sich im Norden der Stadt bei Grombühl und einer im Südwesten im Bereich der Frankenwarte. Beide werden von konventionellen Mobilfunkstandorten in und um Würzburg herum unterstützt.

GZ: Läuft es überall so glatt mit dem Mobilfunkausbau oder gibt es immer noch Akzeptanzprobleme?

Borm: Insgesamt hat sich die Akzeptanzlage in Mainfranken verbessert, aber man muss relativierend hinzufügen, dass wir für den Ausbau bisher nur wenige neue Standorte benötigt haben – überwiegend konnten wir bestehende Standorte modernisieren. Allerdings gibt es auch Ausnahmen. In Kitzingen haben wir unsere Investitionen in moderne UMTS-Technik vor einigen Jahren gestoppt. Hier fehlt uns bislang wegen baurechtlicher Restriktionen die Planungssicherheit für unsere Investitionen. Ansonsten pflegen und achten wir weiterhin die Dialogstandards

des bayerischen Mobilfunkpaktes und machen damit weit überwiegend gute Erfahrungen.

GZ: Warum hört man von Ihnen bislang so wenig zum neuen Übertragungsstandard LTE? Ihre Konkurrenz rührt dazu schon kräftig die Werbetrommel.

Schuhbauer: Wir bleiben unserer Linie treu, die richtige Technik zum richtigen Zeitpunkt anzubieten. Diese Strategie versetzt E-Plus – wie gerade für Würzburg besprochen – in die Lage, einer-

seits Verbesserungen im Netz durchzuführen, andererseits die Tarife für unsere Kunden noch attraktiver zu gestalten.

Natürlich testen auch wir LTE und schaffen die Voraussetzungen für dessen Integration in unser Netz. Doch solange für LTE noch kein stabiler Massenmarkt mit überschaubaren Preisen und einer Vielzahl von erschwinglichen Endgeräten in Sicht ist, gilt bei unseren weiteren Schritten in Richtung LTE: Sorgfalt vor Geschwindigkeit! □

Studiengang „Master Public Management“:

Wertvolles Rüstzeug für Kommunalverwaltungen

Erfahrungsbericht aus Geretsried

Vor kurzem haben die ersten Teilnehmer des innovativen Studiengangs „Master Public Management“ der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (FHVR) in Hof sowie der Hochschule Deggendorf ihre Masterurkunden entgegengenommen. Die zehn Fach- und Führungskräfte bereiteten sich zwei Jahre lang berufsbegleitend auf die strategischen und operativen Herausforderungen in ihrer jeweiligen Gemeinde, Stadt, dem Landkreis oder der Bezirksregierung vor. Die oberbayerische Stadt Geretsried entsandte gleich zwei Führungskräfte. Über ihre Erfahrungen berichteten im Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung Bürgermeisterin Cornelia Irmer, der Leiter des städtischen Bauamts Jochen Sternkopf, Prof. Dr. Konrad Schindlbeck (FH Deggendorf) sowie die Absolventen Jan Dühring (Geretsried) und Marcus Eckert (Pullach).

Dass für die Stadt Geretsried aus der Teilnahme am Studiengang ein vielfacher Nutzen entstanden ist, hob Bürgermeisterin Cornelia Irmer eingangs hervor. Geretsried habe diese Weiterbildungsmaßnahme nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützt. Spätestens mit der Einführung der kaufmännischen Buchführung in der öffentlichen Verwaltung (Doppik) im Jahr 2010 sei klar geworden, „dass sich die Verwaltungsstruktur entsprechend verändern muss“, erläuterte Irmer.

Suche nach gemeinsamem Rüstzeug

In der Folge hätten sich die engagierten Mitarbeiter der Stadt darüber Gedanken gemacht, „wo Verwaltungen transparenter werden können und wie man dem Bürger deren Handeln verständlicher machen kann“. Auf der Suche nach einem gemeinsamen Rüstzeug für jene Aufgaben, vor denen die kommunalen Verwaltungen stehen, habe man von dem neuen Studiengang an der Hochschule Deggendorf und der FHVR in Hof gehört und schnell bemerkt, „dass dieser die hierfür notwendigen Inhalte, sprich betriebswirtschaftliches Denken und Handeln, auch abgestimmt auf die spezifischen Aufgabenstellungen in der Verwaltung, aufweist“. Somit war der Weg frei für die Teilnahme am Masterstudiengang.

Rückblickend wies Prof. Dr. Konrad Schindlbeck darauf hin,

dass es nicht einfach war, die Idee eines „Master Public Management“-Studiengangs auf den Weg zu bringen. Bereits 2003 habe man sich auf die Suche nach möglichen Partnern gemacht. Die FHVR in Hof erklärte sich letztlich bereit, mitzuwirken und so wurde der Studiengang gemeinsam konzipiert. Nachdem dieser 2009 schließlich genehmigt wurde, „konnte man 2010 endlich starten“.

Ziel des Studiengangs

Grundlegende Zielsetzung des viersemestrigen Studiengangs ist, die Teilnehmer angesichts der veränderten Rahmenbedingungen und der sich im Umbruch befindenden öffentlichen Verwaltung für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten. Letztlich geht es darum, theoretisches betriebswirtschaftliches Wissen auf die öffentliche Verwaltung anzuwenden.

Schwerpunkte

Während der Schwerpunkt im ersten Semester auf Finanzthemen wie z. B. Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung und Finanzwissenschaft liegt, haben das zweite und dritte Semester managementbezogene Themen wie Personal- oder Beteiligungsmanagement sowie den Einfluss der EU zum Inhalt. Im vierten Semester schließlich wird die Masterarbeit erstellt. „Das Konzept des Studiengangs, in



Ultra-High-Site Standort mit modernster UMTS-Technik für mobile Breitbanddienste am Sportplatz Grombühl (Foto: E-Plus Gruppe). Foto: E-Plus

dem 25 Dozenten zum Einsatz kommen, hat sich bewährt“, betonte Schindlbeck.

Dies konnte Absolvent Jan Dühring nur unterstreichen: Seit 1. Januar dieses Jahres ist er Vorstand der Stadtwerke Geretsried KU und Geschäftsführer der „Energie Geretsried GmbH“. Vorher leitete er den Fachbereich Bauen in der Stadt Geretsried und war gleichzeitig stellvertretender Bauamtsleiter. „Insgesamt hat mir das Studium bereits vielfach geholfen, da es mein Verständnis für zahlreiche Aspekte bei Prozessen und Abläufen in der Verwaltungstätigkeit deutlich geschärft hat. Die Weiterbildungsmaßnahme hat meinen Horizont deutlich erweitert“, stellte Dühring fest.

Als „Quereinsteiger“ – Dühring hatte das ingenieurtechnische Studium Raum- und Umweltplanung absolviert – waren viele Module für ihn von Nutzen und halfen ihm, sich weiterzuentwickeln. Fächer wie Controlling oder Qualitätsmanagement zeigten ihm nach eigenen Angaben interessante neue Denkansätze, Blickwinkel und Instrumente für die tägliche Praxis auf.

Bessere Perspektiven

„Ich bin froh, dass mir die Möglichkeit geboten wurde, mich auch persönlich weiterzuentwickeln. Letztlich habe ich bessere berufliche Perspektiven“, ist Jan Dühring überzeugt. Die Stadt hingegen könne nun mit einem Mitarbeiter aufwarten, der sowohl in technischen Disziplinen als auch mit Management-Know-how ausgestattet ist und durch sein „Handwerkzeug“ vielseitig eingesetzt werden kann. Bei der Umwandlung eines Eigenbetriebs in ein Kommunalunternehmen zum Jahreswechsel habe er sein Wissen und seine Erfahrungen aus dem Studium unmittelbar einbringen können.

(Fortsetzung auf Seite 11)

E-PLUS GRUPPE

Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.



Von links: Bauamtsleiter Jochen Sternkopf, Absolvent Jan Dühring, Bürgermeisterin Cornelia Irmer, GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel, Prof. Dr. Konrad Schindlbeck (FH Deggendorf), GZ-Chefin vom Dienst Doris Kirchner und Absolvent Marcus Eckert. □



Auf dem INTERGEO-Messestand präsentierte die AKDB im Herbst erstmals OK.GIS: Nürnbergs 2. Bürgermeister Horst Förther, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Geschäftsfeldleiter Richard Meyer, Heinz Schöffmann und Felix Kummer (alle AKDB, v. l.).

Rechenzentrumslösung für Geodaten

Ein neues Rechenzentrums-Angebot der AKDB unterstützt das Informationsbedürfnis der Bürger und vereinfacht die Bereitstellung von Geoinformationen im Internet durch die Kommunen. Diese können unter anderem die digitalen Bauleitpläne über einen neuen attraktiven Web-GIS-Client in ihre Homepage einbauen und die Bürger können regionale Informationen bequem online abrufen.

Der Bayerische IT-Beauftragte, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, und die kommunalen Spitzenverbände schlagen vor, alle rechtskräftigen Bebauungspläne digital zu erfassen und künftig standardisiert für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung im Internet zur Verfügung zu stellen. Inzwischen beteiligen sich immer mehr Kommunen beziehungsweise ganze Landkreise daran. Anwendung im Rahmen ei-

nes Pilotprojektes findet dies bei der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz, einem Zusammenschluss von 18 Städten und Gemeinden für noch bessere regionale Wirtschaftsentwicklung. Das Ziel: die virtuelle Zusammenlegung kommunaler Gewerbeflächen. Mit der interaktiven und intuitiv zu bedienenden Lösung OK.GIS unterstützt die AKDB dieses Vorhaben.

Roaming:

EU-Parlament macht Mobil-Surfen günstiger

Neue Preisobergrenzen für Downloads, Telefonate und SMS

Ab Juli wird die mobile Internetnutzung mit Smartphones günstiger. Dann gelten strengere EU-Vorgaben für die Tarifobergrenzen für die Mobilfunknutzung im EU-Ausland (Roaming). Das Europaparlament hat eine neue EU-Verordnung verabschiedet, über die es eine Einigung mit den Mitgliedstaaten gibt. Neben neuen Maximalpreisen für Gespräche und Kurznachrichten (SMS) wird es erstmals gedeckelte Endkundenpreise für das Herunterladen von Daten geben.

„Wir bringen jetzt mehr Wettbewerb in den Markt, um die bisherige Abzocke beim Roaming zu beenden. Besonders beim mobilen Datendownload sind die Tarife teilweise noch astronomisch hoch und sachlich überhaupt nicht gerechtfertigt“, sagte die Berichterstatterin des Europaparlaments zur neuen Roaming-Verordnung, Angelika Niebler (CSU).

Die Tarife für das mobile Runterladen von Daten jenseits der Landesgrenze werden ab Juli auf maximal 70 Cent pro Megabyte begrenzt. Ab Juli 2014 sollen maximal 20 Cent fällig werden. Die EU-Kommission hatte als Obergrenze 50 Cent vorgeschlagen und wollte ab Juli dieses Jahres noch 90 Cent zulassen. Für SMS dürfen ab Juli 2012 fürs Verschicken aus einem anderen EU-Land nur noch maximal 9 Cent, ab 2014 höchstens 5 Cent berechnet werden.

Auch die Gesprächstarife müssen sinken: Ab Juli 2014 darf der Preis für ein angenommenes Gespräch nur noch 5 Cent pro Minute, für einen selbst getätigten Anruf 19 Cent betragen. „Die Preise müssen sich endlich dem technischen Aufwand annähern“, so Niebler.

Auch kleinere Anbieter sollen künftig Zugang zu den Netzen haben (Open Access). Daneben soll es die Möglichkeit geben, vor Ort auf die Angebote lokaler Anbieter zurückgreifen zu können (Local Break-Out). „Für Sprachtelefonie oder Datenroaming soll es verschiedene Anbieter geben können. Mit diesen strukturellen Maßnahmen soll endlich mehr Wettbewerb in die Märkte kommen. Wir sorgen für mehr Transparenz und Konkurrenz und im Ergebnis für günstigere Preise im Mobilfunkmarkt“, stellte die Europaabgeordnete fest.

Das Europäische Parlament hat dem Antrag zugestimmt, dass man sich für nur einen Sitz des Parlaments einigt. „Ob dies Straßburg oder Brüssel wird, ist dabei noch völlig offen“, betonte Angelika Niebler und erläuterte: „Wir müssen unsere Ressourcen effektiv nutzen und unsere Kosten sinnvoll einsetzen. Daher sollte das Pendeln zwischen Straßburg und Brüssel einmal pro Monat endlich ein Ende finden.“ Nach Nieblers Auffassung sollte man jetzt in einen dialogischen Prozess einsteigen, um ein gutes und sinnvolles Ergebnis zu erreichen.



IT-Kommunalforum in Oberfranken:

Innovative Lösungen

Zum IT-Kommunalforum „Innovative Lösungen im Dialog“ kamen auf Einladung der AKDB über 200 Vertreter von Kommunalverwaltungen aus ganz Oberfranken nach Bayreuth. Den Kunden war diese Veranstaltung bislang als AKDB-Hausmesse bekannt, der neue Titel unterstreicht den Dialoggedanken eines solchen Kundentreffens.

Profunde Rückmeldung aus dem Anwenderkreis

Die AKDB präsentiert den kommunalen Verwaltungen innovative IT-Lösungen. Gleichzeitig erhält die AKDB profunde Rückmeldung aus ihrem Anwenderkreis. So fließen Erfahrungen und Ideen der Kunden in die Produktentwicklung ein und leisten so ihren Beitrag für das qualitativ hochwertige Software- und Dienstleistungsangebot der AKDB.

Schwerpunkt Bürgerservice-Portal

Ein Schwerpunkt der Messe war einmal mehr das Bürgerservice-Portal. Hier profitieren nicht nur die Bürger. Die medienbruchfreie Vorgangsabwicklung orts- und zeitunabhängig im Internet entlastet auch die Kommunalverwaltungen erheblich. Das bedeutet mehr Zeit für Kernkompetenzen. Für die Kämmerei bietet die AKDB mit dem Finanzwesen zentral Dialog eine effiziente Finanzsoftware in einem modernen Rechenzentrum. Weitere wichtige Themen: Die Energiewende, die anstehenden Superwahljahre 2013 und 2014 sowie die jeweils damit für die Kommunen verbundenen Herausforderungen. Unser Bild zeigt AKDB-Vorstandsvorsitzenden Alexander Schroth vor einem interessierten Publikum.

Wertvolles Rüstzeug...

(Fortsetzung von Seite 10)

„Allein durch dieses eine Projekt haben sich rein finanziell betrachtet die Investitionen in das Studium für die Stadt mehr als amortisiert. Und das ist erst der Anfang“, erklärte Dühring.

„Dies ist echtes Humankapital im allerpositivsten Sinne“, ergänzte Rathaushelfin Irmer, wengleich man nicht nur die monetäre Seite betrachten dürfe. „Wir haben zum Beispiel erlebt, dass bei dem genannten Prozess die Mitarbeiter rechtzeitig informiert und mitgenommen wurden, was natürlich langfristig Vertrauen schafft.“

Kenntnisse nutzen

Ähnlich sieht es Marcus Eckert, kaufmännischer Vorstand der Versorgungs-, Bau- und Servicegesellschaft (VBS), einem Kommunalunternehmen der Gemeinde Pullach im Isartal. Im Zusammenhang mit seinen Aufgaben bei der VBS „und sicher auch wegen der in nächster Zukunft auf alle Kommunen zukommenden Frage der Umstellung auf die Doppik und der Einführung weiterer Elemente“ habe sich der „Master Public Management“-Studiengang besonders angeboten. Bereits beim Wechsel zur Gemeinde habe seine Qualifizierung zum Verwaltungsbetriebswirt, die er 2005 an der BVS absolviert hatte, eine große Rolle gespielt. „Diese Kenntnisse konnte ich durch das Master-Studium noch wesentlich erweitern und vertiefen und kann sie in Zukunft für die Gemeinde nutzen.“

Neben den Vorlesungen machte auch der Kontakt zu den Mitstudenten und Kollegen einen intensiven Erfahrungsaustausch möglich und erweiterte so zusätzlich den eigenen Horizont, stellte Eckert fest. „Man merkte den Dozenten und Studenten

an, dass es sich hier um keine Lehrveranstaltung wie jede andere handelt. Alle Beteiligten waren äußerst motiviert.“

Kommunale Themen aufgegriffen

Die Tatsache, dass es vielfach möglich war, auch aktuelle kommunale Themen im Rahmen von Studienarbeiten aufzugreifen und einer vertieften Betrachtung zu unterziehen, sieht Eckert als positiv an. So habe er sich in einer Studienarbeit mit der Frage der Transparenz kommunaler Unternehmen auseinandergesetzt. Der Pullach-Bezug ergibt sich hierbei über die gemeindliche Informationsfreiheitssatzung und ihre Auswirkung auf die kommunalen Tochtergesellschaften. Gerade dieser Aspekt sei in letzter Zeit häufig im Gemeinderat diskutiert worden.

Positiv bewertet auch der Leiter des städtischen Bauamtes Geretsried, Jochen Sternkopf, das Angebot der Stadt, sich weiterzuqualifizieren. Mit Ute Raach, der zweiten Absolventin aus Geretsried, die seit August 2011 als Geschäftsleiterin der Stadt fungiert, funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut. Bei Jan Dühring wiederum sei es offensichtlich, „dass er ohne den Masterabschluss den neuen Job nicht hätte bekommen können“.

Aufgeschlossener Stadtrat

Auch der gesamte Stadtrat steht nach den Worten von Bürgermeisterin Irmer „dieser Weiterbildungsmaßnahme und dem Ergebnis aufgeschlossen gegenüber“. Die Dinge veränderten sich langsam, aber stetig. Im Rahmen diverser Workshops im vergangenen Jahr hätten die Stadträte aus dem bisherigen Stadtleitbild Handlungsfelder benannt und mit konkret formulierten Maßnahmen hinterlegt. Irmer: „Dieser Umbruchprozess erfordert ein ge-

wisses Training, doch irgendwann ist der Erfolg spürbar.“

Apropos Training: Im Oktober 2012 startet Professor Schindlbeck zufolge eine dritte Studiengruppe ihr Master-Weiterbildungsstudium. An den Inhalten soll nichts verändert werden, jedoch ist geplant, „einige Vorlesungen zu virtualisieren“. Damit könnten die Studenten von zu Hause aus den Stoff bearbeiten und darauf aufbauend ihre Fragen oder Fallbeispiele aktiv in die Präsenzvorlesungen einbringen.

Verwaltungsreform forcieren

„Wir brauchen in den Kommunen noch mehr betriebswirtschaftliches Denken“, forderte Schindlbeck. Die Verwaltungsreform müsse von sehr viel mehr Leuten angeschoben werden. Ein Ziel des Masterstudiengangs ist es, dass die Absolventinnen und Absolventen als Treiber von notwendigen Veränderungsprozessen in der jeweiligen Dienststelle agieren. Der Hochschulprofessor plädierte für „mehr intergenerative Gerechtigkeit und mehr langfristiges ganzheitliches Denken“. Hierzu wollten die Hochschule Deggendorf und die FHVR in Hof über ihr Weiterbildungsangebot einen Beitrag leisten.

Cornelia Irmer schließlich ermutigte „die Kollegen Bürgermeister, sich auf diesen lohnenswerten Weg zu machen“. Weder die Doppik noch das Neue Steuerungsmodell seien „irgendein Teufelswerk, sondern vernünftige Handwerkszeuge, um die anstehenden Herausforderungen meistern zu können“. „Die öffentliche Verwaltung muss sich mit der Gesellschaft weiterentwickeln“, betonte Irmer. Um den Anspruch der Bürger zu erfüllen, müsse sie sich „rechtzeitig mit dem nötigen Rüstzeug ausstatten“. Dies sei „ein zweifellos spannender Weg, von dem man nur profitieren kann“. DK

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Hiltrud Holzmann, AKDB
Leiterin Geschäftsfeld
Öffentliche Sicherheit
und Ordnung

Mehrbahnstraße

Ihr modernes Meldewesen mit OK.EWO

Melderechtsvorgänge führen Sie mit OK.EWO effizient und ganzheitlich durch. Das erleichtert Ihre Aufgaben im Publikumsverkehr und vereinfacht Ihre Abläufe rund um Wahlen, Statistiken, Auswertungen und gesetzliche Datenermittlungen. Kurz gesagt: Ihre Arbeit wird schneller, Wege und Wartezeiten für den Bürger kürzer.

OK.EWO ist eine wegweisende Lösung für Ihr Einwohnermeldewesen. Das Verfahren bildet Ihre umfassenden Verwaltungsvorgänge ab. Zahlreiche Schnittstellen bieten einen sicheren Datenaustausch mit anderen Verfahren. Lösen Sie mit OK.EWO die wachsenden Aufgaben in Ihrem Einwohnermeldeamt.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

Wahl der besten Nutzfahrzeuge und Marken 2012:

Siebenfacher Sieg für Daimler

Stuttgart – Daimler hat jüngst sieben Preise bei der Prämierung der besten Nutzfahrzeuge und besten Marken 2012 gewonnen. Über 8.000 Leser beteiligten sich an der Wahl und kürten fünf Mercedes-Benz Nutzfahrzeuge und zwei Mercedes-Benz Dienstleistungsangebote zu Siegern.

„Wir freuen uns sehr über die sieben Auszeichnungen und möchten uns bei allen Lesern bedanken. Das beweist uns einmal mehr, dass wir mit unserer Produktpalette richtig aufgestellt sind.“, bedankt sich Andreas Renschler, im Vorstand verantwortlich für Daimler Trucks und Daimler Buses.

Zum 17. Mal in Folge wählen die Leser den Mercedes-Benz Sprinter in der Kategorie „Transporter bis 3,5 t“ zum Gewinner. Der Sprinter ist seit diesem Frühjahr der erste Transporter, der optional mit dem Sieben-Gang-Automatikgetriebe „7G-Tronic“ ausgerüstet ist. Seit vielen Jahren ist er in seinem Segment äußerst erfolgreich.

Umweltverträglichkeit

Aus der Kategorie der „Fernverkehr-Lkw“ geht der neue Mercedes-Benz Actros als Sieger hervor. Der von Grund auf neu entwickelte Lkw konnte seine Weltpremiere im Sommer des vergangenen Jahres feiern. Das neue Flaggschiff der Mercedes-Benz Nutzfahrzeugsparte ist wirtschaftlich, komfortabel, sicher und mit der Euro VI-Motorentechnologie von Mercedes-Benz dazu sehr umweltverträglich.

Der bewährte Actros erringt den Sieg in der Kategorie „Kipper bis 32 t“. Seit seiner Markt-

einführung 1996 ist der Actros mit über 700 000 verkauften Fahrzeugen der erfolgreichste Schwer-Lkw weltweit.

Umweltschutz

In der Kategorie der „Stadtlinienbusse“ erklimmt der Mercedes-Benz Citaro das Siebertreppchen. Mit über 30 000 verkauften Einheiten in 14 Produktionsjahren ist der Citaro der erfolgreichste Linienbus aller Zeiten. Anfang Mai ist er als erster Euro VI-Stadtbus Europas vom Band gelaufen. Mit der frühzeitigen Einführung von Euro VI können Verkehrsbetriebe die Chance nutzen, mit wirtschaftlich erschwinglichen Investitionen den Umweltschutz rasch in die breite Fläche zu bringen.

Breites Einsatzspektrum

Der Mercedes-Benz Tourino bietet dem Unternehmer eine Vielfalt an lieferbaren Ausstattungen, die ein breites Einsatzspektrum ermöglichen – vom Überland Einsatz bis zum VIP-Shuttle kann der Kunde alles realisieren. Die Leser der ETM-Zeitschriften wählen den handlichen Reisebus zum Ersten in der Kategorie der „Midibusse“. Mit bis zu 38 Sitzplätzen ist der Tourino besonders für kleinere Reisegruppen seit Jahren erfolgreich.

Auch bei der Wahl der besten

Marken konnte Mercedes-Benz die Wähler überzeugen. Mercedes-Benz CharterWay gewinnt zum sechsten Mal in Folge den Preis für „Miete/Leasing“. Die Dienstleistungsmarke feiert in diesem Jahr sein 20-jähriges Jubiläum. Seit 1992 ist CharterWay Anbieter von Dienstleistungen und Mobilität rund um die Beschaffung, den Service und das Management von Mercedes-Benz Nutzfahrzeugen.

Serviceleistung

Ebenso beim „Truck-/Trailer-service“ legen die Leser Wert auf gute Serviceleistung. Sie wählen das Dienstleistungsangebot TruckWorks von Mercedes-Benz zum zweiten Mal in Folge zum Sieger. TruckWorks ist die Anlaufstelle

für den Komplettservice rund um das Nutzfahrzeug. Das Unternehmen kooperiert mit renommierten Herstellern von Anhängern, Aufbauten, Achsen, Bremssystemen, Ladebordwänden und Kühlaggregaten unter der Servicemarke TruckWorks.

Leserwahl

Die Leserwahl wird jährlich vom ETM-Verlag mit den Fachzeitschriften Fernfahrer, lastauto omnibus und trans aktuell durchgeführt. „Die besten Nutzfahrzeuge 2012“ und die „Die besten Marken 2012“ werden in Zusammenarbeit mit Ingenieuren der Dekra ermittelt. In diesem Jahr konnten die 8.000 Leser aus über 180 Baureihen die Gewinner der 22 Kategorien wählen. □



V. l.: André Girus, Managing director CharterWay; Ulrich Bastert, Head of Sales & Marketing Mercedes-Benz Trucks; Till Oberwörder, Head of Marketing, Sales and Aftersales Daimler Buses; Volker Mornhinweg, Head of Mercedes-Benz Vans; Hubertus Troska, Head of Mercedes-Benz Trucks, Roman Biondi, Head of Sales Mercedes-Benz Buses and Coaches und Thomas Witzel, Head of Sales Daimler Trucks (Deutschland) □

Forstunternehmerschulung in Theorie und Praxis

Ein Schulungstag der besonderen Art absolvierte das Forstunternehmen Ulrich und Richard Fink aus Oberstaufen und weitere achtzehn Forstunternehmer aus dem Allgäu. Sicherheit fördern, Qualität sichern und Arbeit optimieren war das Motto

Michael Karg, Forstwirtschaftsmeister und Einsatzleiter der Bayerischen Staatsforsten in Sonthofen, und Bernd Mayr vom Technischen Aufsichtsdienst der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft schulten die Teilnehmer und stellten Neuerungen vor.

Die Strategie: Information, Sensibilisierung und Motivation. Im Praxisteil stellt Michael Karg das Königsbronner Anschlagverfahren (KAT) vor. Die einfache Handhabung und die enorme Minderung der Unfallgefahr sind die entscheidenden Vorteile dieses Verfahrens. Michael Karg spricht in seinen weiteren Ausführungen die wichtigsten Punkte an, die Forstunternehmer

bei Aufträgen der Bayerischen Staatsforsten zu beachten und einzuhalten haben, damit ein reibungsloser Ablauf sichergestellt wird und der Forstunternehmer eine gute Bewertung erhält. Dies wirkt sich auf weitere Auftragsvergaben positiv aus.

Sicherheitsaspekte

Der Profi: Regelmäßige Fort-, Aus- und Weiterbildung für Qualität und Sicherheit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Schulung ist das Thema Fällung und Aufarbeitung im Steilhang und der Betrieb von Seilkrananlagen. Bernd Mayr stellt verschiedene Sicherheitsaspekte in diesen speziellen Arbeitsgebieten vor. Der fachgerechte Maschineneinsatz sowie das Erkennen von Gefahren stehen hier im Mittelpunkt der Ausführungen. Gemeinsam mit den Forstunternehmern wird eine Gefährdungsbeurteilung erstellt. Gefahren erkennen, das Risiko beurtei-

lung. Eingegangen wird auf Absperurmaßnahmen und Gefährdungen durch Totholz. Gegen Ende der Schulung werden vor Ort verschiedene Schnittbilder von den Forstunternehmern beurteilt.

Sensibilisierung

Im Resümee des Schulungstages sind sich die Forstunternehmer einig: Viel Neues gehört, vorhandene Fehler aufgedeckt und sensibilisiert für die tägliche Arbeit im Wald. Rundum eine gute Sache, die unbedingt wiederholt werden muss. □



Zufriedene Forstunternehmer auf dem gemeinsamen Gruppenbild nach der eintägigen Schulung für mehr Sicherheit und Qualität bei der Waldarbeit. □

Neue Beobachtungstürme in Unterbrunn und Hallstadt

Der Landkreis Bamberg und Lichtenfels, Bund Naturschutz und der Landesbund für Vogelschutz sind Träger eines LIFE-Förderprogrammes. Ziele des Projektes sind bereits vorhandene Lebensräume (Altarme, bunte Blumenwiesen, Auwälder) sollen vergrößert werden und durch Kiesabbau entstandene Baggerseen ökologisch umgebaut werden.

Dabei wird auf vorhandene Infrastrukturen und Konzepte wie Renaturierung durch das Wasserwirtschaftsamt oder das Flussparadies Franken zurückgegriffen. Durch besondere Angebote wie Naturlehrpfade, Infotafeln, Exkursionen oder Aussichtstürmen werden Bevölkerung und Besu-

cher mit eingebunden. So steigt die Akzeptanz für die Maßnahmen und die Identifikation mit dem Gebiet. Diese Besucherlenkungsrichtungen können somit auch die Tourismusregion Oberes Maintal bereichern.

Der andere Turm befindet sich in Hallstadt, Landkreis

Bamberg, die an exponierter Stelle Besonderheiten der Natur im Obermaintal, vor allem die sonst unzugänglichen Wasserlandschaften zeigen. Blickpunkt ist vor allem die Mainschleife und die Kiesabbaustrukturen im Inneren, die für Besucher sonst nicht zugänglich sind. Angesprochen werden Besucher mit dem Rad (Radweg führt vorbei), Bootfahrer (es wurde extra eine Ausstiegstelle vom Wasserwirtschaftsamt geschaffen) und Wanderer. □



Wozu der Alleskönner Unimog fähig ist, präsentierte der Bayerischen Gemeindezeitung der Bauhof der Gemeinde Heldenstein. Mit dem 15 Jahre alten Unimog U 4100 können sämtliche Gerätschaften, die zum Reinigen eines ausgelassenen Badeteiches benötigt werden, einfach transportiert und direkt am Einsatzort abgeladen werden. Die außerordentliche Geländegängigkeit demonstriert Bauhofleiter Franz Deibenböck. Herzlichen Dank an den Bauhof der Gemeinde Heldenstein für dieses wunderbare Einsatzbeispiel! □

WINTERAKTION!



PFLUGSTREURÄUMER FÜR 49.990 €*¹

Mit Holder räumen, streuen, mähen, kehren, fräsen – und sparen: knickgelenkter 50-PS-Geräteträger, 40km/h schnell, Allradantrieb – inkl. V-Pflug und Aufbaustreuer zum Aktionspreis von 49.990 €! Alle Informationen & Kontakt: www.max-holder.com, sales@max-holder.com

¹zzgl. MwSt. und Überführungskosten. Angebot gilt bei Bestellung bis 31.12.2012 und nur in Deutschland. Nur solange der Vorrat reicht.



HOLDER
KEINE KOMPROMISSE



Komplettlösung für Budapest: 21 Fahrzeuge des Typs Unimog U 20 haben jüngst ihre Arbeit aufgenommen.

Mercedes-Benz Unimog:

Flexible Mehrfachnutzung

Unimog U 20 in der Altstadt von Budapest

Wörth/Budapest - In der ungarischen Hauptstadt Budapest gehören sie nun schon zum alltäglichen Anblick: 21 Unimog U 20 von Mercedes-Benz arbeiten seit Oktober 2011 im Stadtteil Buda, in den Fußgängerzonen der Innenstadt und auf den Fußgängerwegen entlang der Donau. Die Qualitäten des Unimog U 20 hatten die Beschaffer des städtischen Reinigungsunternehmens EKF Zrt. überzeugt.

Dabei spielte auch der Mehrfachnutzen des Unimog eine zentrale Rolle bei der Beschaffung: In den Winterwochen sind die Budapester Unimog mit Streuautomaten der Firma Gmeiner sowie Schneepflügen von Kahlbacher ausgerüstet, ab dem Frühjahr mit Kehrmaschinen des Typs TK 20 von Trilety. So ist jeder Unimog über das ganze Jahr hinweg permanent einsetzbar - eine hochwertige Kombination von Geräteträger und Geräten. Sie wird dringend benötigt in der weltberühmten 1,7 Millionen Einwohner zählenden Metropole, denn diese stellt sehr spezielle Anforderungen an den Straßendienst: Breite Straßen und Fußgängerwege am Donauufer, enge Altstadtgassen, stark belebte Fußgängerzonen und steile, kurvenreiche Passagen auf die Budaer Berge reihen sich im täglichen Einsatz aneinander, die Unimog verrichten ihre Arbeit im stets dichten und hektischen Individualverkehr. Kalte Winter und heiße Sommer gehören hier regelmäßig zum Jahresablauf.

Langlebige Bauweise

Auf all das zeigen sich die Unimog U 20 und ihre Geräte umfassend vorbereitet. So ist der drei Kubikmeter fassende Schmutzbehälter des Kehraggregats auf dem Unimog U 20 komplett in langlebigem Edelstahl ausgeführt und verfügt über eine eigene, auf

der Frontzapfwelle montierte Hydraulikanlage zur geräteinternen Kraftübertragung, woraus eine hohe Saugkraft resultiert.

U 20: 100 Prozent Unimog

Allradantrieb, Singlebereifung auch hinten, zuschaltbare Differenzialsperren, Portalachsen, Schraubenfedern, reichlich Leistungsreserven, Zapfwellen, Nebenabtriebe und eine leistungsstarke Hydraulik, komplettiert um den topaktuellen Stand der Lkw-Technik bei Sicherheit, Bedienung und Umweltverträglichkeit, das macht den Unimog U 20 zum flexibel einsetzbaren Geräteträger ganz im Stil der beiden größeren Baureihen. Von den Profi-Geräteträgern U 300 - U 500 unterscheidet sich der U 20 in seiner enormen Wendigkeit (der Wendekreis von 12,60 Metern hat Pkw-Format), im geringeren Fahrzeuggewicht und im niedrigeren Preis. Gedacht ist der U 20 für wechselnde Anforderungen in den Kommunen, weniger für Arbeiten in dauernder Höchstleistung. Hier sind die Geräteträger U 300 bis U 500 und die hochgeländegängigen Unimog U 4000 und U 5000 gefordert.

Der Vierzylinder-Motor des U 20 der Baureihe 904 LA 110 kW (150 PS) sowie 130 kW (177 PS) spiegelt wie die gesamte Nutzfahrzeugpalette von Mercedes-

Benz einen sehr hohen Stand der Abgastechnik wider. Alle Unimog verfügen über Bluetec-Technologie (Stickoxide werden durch Zuführung von Harnstoff eliminiert), erfüllen die Abgasnorm Euro 5 und garantieren außerdem einen sehr niedrigen Feinstaubausstoß. Das Acht-

gang-Getriebe ermöglicht Geschwindigkeiten zwischen 1,2 und 90 km/h bei Nenndrehzahl.

Hohe Wendigkeit

Beim zulässigen Gesamtgewicht liegt der U 20 zwischen 7,5 und 9,3 Tonnen, die Achslasten sind mit 5 Tonnen vorn und hinten zur Aufnahme von Anbaugeräten großzügig bemessen. Die hohe Wendigkeit hat ihre Ursache im nur 2700 Millimeter kurzen Radstand. Zweikreis-Kommunalhydraulik, Zapfwellen-Getriebe vorn, Nebenabtrieb vom Getriebe und die Frontanbauplatte vervollständigen optional die Ausrüstung und erlauben die Nutzung einer Vielzahl von Geräten.

Lange Tradition

Unimog-Fahrzeuge haben eine lange Tradition in Ungarn. Seit Baubeginn im Jahre 1951 sind fast 1.000 Einheiten dorthin exportiert worden, wobei heute die Budapester Stadtreinigung der zweitgrößte Abnehmer ist - derzeit verfügt sie über 40 Unimog unter ihren insgesamt 130 Kommunalfahrzeugen. Die meisten Unimog laufen bei den 19 Straßendirektionen im Land, zahlreiche aber auch im Energiesektor, auf den Flughäfen und bei der Staatsbahn MÁV.

Bauhof Esslingen vertraut auf Wacker Neuson

(Esslingen) Seit über 20 Jahren ist der Baubetrieb der Stadt Esslingen Kunde von Wacker Neuson. Nun setzt man neben den Baggergeräten auch auf die Baumaschinen-Kompetenz des Qualitäts-Herstellers. Fast täglich ist der Mobilbagger 9503 im Stadtgebiet von Esslingen im Einsatz.

Mehr als zwei Jahrzehnte lang vertraut der Baubetrieb der Stadt Esslingen schon auf Wacker Neuson. Bislang auf die bewährten Baggergeräte wie Vibrationsplatten, Stampfer, Abbruchhämmer, Generatoren und Trennschneider. „Die guten Erfahrungen mit Wacker Neuson waren ausschlaggebend dafür, dass sich der Bauhof Esslingen auch für uns entschieden hat, als es um die Anschaffung eines Baggers ging“, so Alexander Lemke, regionaler Produkt-Spezialist von Wacker Neuson für Kompaktbaumaschinen.

Enorme Leistung

„Für den Mobilbagger 9503 sprach dann letztendlich seine enorme Leistung im Verhältnis zur Größe. Und der Verstellausleger, mit dem er auch für Baustellen mit beengten Platzverhältnissen bestens geeignet ist,

wie sie bei uns sehr oft vorkommen“, ergänzt Bauhofleiter Volker Steimer, Meister in der Straßenunterhaltung.

Straßeninstandsetzung und Baumaßnahmen

Der 9,5 Tonnen Bagger kommt vorrangig bei Arbeiten zur Straßeninstandsetzung zum Einsatz, im Tiefbau, für Grabenarbeiten auf Feldwegen und kleinere Baumaßnahmen. Eben für all die typischen Arbeiten, die in die Zuständigkeit eines städtischen Bauhofs fallen und wo der Mobilbagger seine Flexibilität ausspielen kann. Damit hat der bislang aus zehn Fahrzeugen wie LKWs bestehende Maschinenpark kraftvollen Zuwachs bekommen, der sich auch schon erfolgreich bewährt hat. Genau die Versprechen, aufgrund derer sich der Bauhof Esslingen für den Wacker Neuson 9503 entschieden hat, hat



Birgit Strobel (Vertrieb Mercedes-Benz Trucks) und **Dirk Lehmbeck** (Marketing Mercedes-Benz Trucks) vor einem Unimog U 500, beispielhaft ausgerüstet mit Demarkierungsgerät auf der IFAT ENTSORGA 2012 in München. Das Peeljet Unimog Modul von Weigel Hochdrucktechnik ist als Anbaugerät für die Entfernung von Farbmarkierungen konzipiert.



Der Baubetrieb Esslingen setzt seit langer Zeit auf die Baumaschinen von Wacker Neuson. Im Bild der Mobilbagger 9503.

er im Einsatz gehalten. Daneben schätzen die Anwender auch besonders den Komfort in der Kabine und in der Bedienung. „Wir haben mit Wacker Neuson nur gute Erfahrungen gemacht. Nicht nur mit den Geräten und Maschinen selbst, sondern auch mit der Betreuung. Bei der Wacker Neuson Niederlassung Stuttgart geht nicht nur alles ruckzuck, da sind wir auch in puncto Qualität, Know-how und Service bestens beraten. Das stellen wir uns unter Partnerschaft vor“, steht Martin

Schübler, Meister in der Straßenunterhaltung zu seiner Entscheidung.

Kraftvolle Verstärkung

Die Abteilung Straßenunterhaltung im Baubetrieb der Stadt Esslingen mit seinen 20 Mitarbeitern hat mit dem Wacker Neuson 9503, kraftvolle Verstärkung bekommen, der ganzjährig im Einsatz ist.

Weitere Informationen unter: www.wackerneuson.com



Damit Sie auch bei den Kosten gut abschneiden.

Der Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit dem Unimog U 20 mähen Sie Böschungen, Randstreifen oder Grünland und Brachflächen. Mit seinem Wendekreis von nur 12,6 m und einem Gesamtgewicht von 7,5 bzw. 9,3 t ist er wie gemacht für kommunale Einsätze, ob im Bauhof oder Garten- und Landschaftsbau. Mehr Informationen bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de



Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29 - 33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de



Die Reisegruppe gemeinsam mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer vor dem denkmalgeschützten Ministerium.
Bild: Bundesverkehrsministerium

Erlebnisreiche Tage in der Bundeshauptstadt

Politik und Kultur begeisterten die Bürgermeister aus dem Landkreis Traunstein

Unter der Leitung von Bürgermeistersprecher Franz Parzinger und der exzellenten Reisebegleitung von Karl Kaditzky unternahmen die Bürgermeister aus dem Landkreis Traunstein eine Reise nach Berlin.

Bei der Hinfahrt wurde ein Zwischenstopp in Leipzig eingelegt. Dabei wurde auch das Völkerschlachtdenkmal besichtigt, das in Erinnerung an die Völkerschlacht von 1813 und den Rückzug der napoleonischen Truppen errichtet wurde. Mit 91 Metern Höhe zählt es zu den größten Denkmälern und ist eines der bekanntesten Wahrzeichen Leipzigs. Als nächstes stand die Nikolaikirche auf dem Programm, die im Jahre 1989 Ausgangspunkt für die Montagsdemonstrationen war. Mit der Besichtigung der Thomaskirche als

ehemaliger Wirkungsstätte von Johann Sebastian Bach endete der Aufenthalt in der Messestadt.

Am nächsten Tag empfing der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer die Delegation im Konferenzsaal des Ministeriums. Dabei referierte der Minister über die Struktur des sehr großen und vielschichtigen Ministeriums mit Standorten in Berlin und Bonn sowie seinen rund 1.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch das Thema Auto-

bahnmaut und die drängenden Verkehrsprobleme in der Region 18 wurden angesprochen und diskutiert.

Bürgermeistersprecher Franz Parzinger bedankte sich bei Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer für seinen engagierten und erfolgreichen Einsatz bei der Realisierung von Infrastrukturmaßnahmen im Sportbereich und im Straßenbau in der Region Traunstein. Nach der Besichtigung der gläsernen Kuppel im Reichstag ging es vorbei am ehemaligen Mauerstreifen zum Brandenburger Tor und dem Holocaust-Mahmal.

Ein weiterer Höhepunkt der Reise wartete auf die Reisegruppe mit einer Sonderführung durch die Berliner Philharmonie und der Teilnahme an der Generalprobe von Richard Wagners „Die Walküre“ unter der Leitung von Sir Simon Rattle. Bereits zur Generalprobe kamen rund 1.500 begeisterte Wagnerianer. Für alle war dies ein unvergessliches Erlebnis und die Gruppe bedankte sich bei Bürgermeister Benno Graf für die Vermittlung.

Stadtrundfahrt

Bei herrlichem Ausflugswetter stand am dritten Tag eine Stadtrundfahrt mit Haltepunkten am Potsdamer Platz und einem der größten Kaufhäuser auf dem europäischen Kontinent, dem KaDeWe auf dem Reiseplan. Mit einer Schifffahrt auf der Spree, vorbei am Regierungsviertel und durch das historische Zentrum der Stadt wurde das offizielle Tagesprogramm beendet. Am letzten Tag ging es über die Glienicker Brücke nach Potsdam. Dabei wurde das Dorf „Russische Kolonie Alexandrowka“ im Norden der Stadt Potsdam besucht und ebenso der Schlosspark des Lieblingschlosses von Friedrich II., Sanssouci. □

Zustimmung und Kritik

Lebendiges Vereinswesen, Sozialkontakte, ein hoher Anteil an Wohneigentum und die landschaftliche Lagegunst sind die Faktoren, die die Bürger an der ländlichen Gemeinde schätzen. Für 81,4 Prozent der Befragten sind die Wohnkosten (Miete, Nebenkosten usw.) wichtig bis sehr wichtig. Mit einer durchschnittlichen Kaltmiete von ca. 4 bis 4,50 Euro pro qm schneidet die Marktgemeinde gegenüber den Städten Erlangen (8,50 bis 10 Euro) und Bamberg (7,50 bis 8 Euro) recht günstig ab.

Bemängelt wird dagegen in den kleineren Gemeindeteilen die Busverbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitangebote für Jugendliche und die Internetanbindung. In

Bayerischer Nordgautag in Lappersdorf:

Schaufenster der Kultur

Ein facettenreiches Kulturprogramm wurde der Oberpfälzer Bevölkerung im Rahmen des 39. Bayerischen Nordgautags präsentiert. „Marktgemeinde zwischen Stadt und Land“ lautete das Motto des viertägigen Events in der Marktgemeinde Lappersdorf im Landkreis Regensburg.

Der Begriff „Nordgau“ bezeichnet ursprünglich einen schon im 7. Jahrhundert besiedelten Teil des Stammesherzogtums Bayern im Westen der heutigen Oberpfalz, im Raum Lauterhofen, Neumarkt, Altdorf, Hersbruck. Im 8. Jahrhundert wurde dieses Gebiet ein fränkischer Reichsgau; der Name trat in den karolingischen Reichsteilungsplänen Karls des Großen 806 und Ludwig des Frommen 817 und 839 auf.

Im Laufe der Zeit erweiterte sich der Nordgau im Süden in das Altmühltal und bis Neuburg und Ingolstadt an der Donau, nach Westen in den Raum von Nürnberg, nach Osten bis an die Naab und erstreckte sich nach Norden mit zunehmender Besiedelung über Luhe und Waldnaab in das Egerland, das damals mit dem Egerer Becken, dem späteren Sechsamterland und dem Elsterland um die Orte Adorf und Marktneukirchen bestand und zum Bistum Regensburg gehörte.

sentationen, Lesungen, Ausstellungen und bei Tanz, Unterhaltung und Gemütlichkeit. Unter dem Titel „Oberpfälzer Komponisten und ihr Wirken vom Barock bis zur Moderne“ präsentierte zum Beispiel der Auswahlchor des Fränkischen Sängerbundes „Mixtura Cantorum“ ein eigens für den Nordgautag 2012 einstudiertes Programm allein mit Werken teils noch unbekannter Oberpfälzer Komponisten. Der aktuelle Kulturpreisträger des Bezirks Oberpfalz, die „Bläserphilharmonie Regensburg“, ein über 50 Musiker starker Orchesterklangkörper, der sich aus erfahrenen Laienmusikern der Region und Studenten der Regensburger Hochschulen zusammensetzt, präsentierte wiederum gehobene konzertante Bläsermusik, u. a. nach Motiven des Oberpfälzer Heimatforschers Franz-Xaver von Schönwerth.

Junges Nordgau

Erstmals trug zudem ein eigenständiger Programmanteil auch dem „Jungen Nordgau“ mit spezifischen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche Rechnung. Musik verbindet Menschen mit und ohne Behinderung – die Regensburger Band „PowerPack“ zeigte dies beeindruckend. Die mittlerweile weit über die Grenzen Regensburgs hinaus bekannte Band erhielt 2011 den Sparkassen-Bürgerpreis und rockte erst vor kurzem erfolgreich das Lappersdorfer Zeltfestival. Ein Graffiti-Workshop zum großen Sprayer-Event sowie das Finale des Lappersdorfer Bandwettbewerbs für Nachwuchsbands aus der Region mit den Bands vervollständigten den Programmteil.

Genau diese Verjüngung der kulturellen Veranstaltung hob auch Minister Helmut Brunner beim Festakt hervor: „Die junge Generation hat ein originäres Interesse an ihren Wurzeln, das aber verkümmert, wenn es nicht gefördert wird.“

Besonders erwähnte Brunner das Engagement des Oberpfälzer Kulturbunds als Austräger des Nordgautags. „Der Nordgautag ist ein großartiges Fest regionaler Heimat- und Kulturarbeit“, sagte der Landwirtschaftsminister. Es sei wichtig, sich „im Lichte der fortschreitenden Entwicklung mit unseren Wurzeln und unserer Geschichte zu befassen“.

Verliehen wurden auch die Nordgaupreise 2012 für herausragende Künstlerpersönlichkeiten. Über die Anerkennung freuten sich in diesem Jahr Harald Grill (Wald), für Literatur, Ludwig Bäuml (Kallmünz), für Bildende Kunst sowie Prof. Ludwig

Zehetner (Lappersdorf) für Heilmatpflege.

Krönender Abschluss der seit Jahrzehnten vom Bayerischen Ministerpräsidenten als Schirmherrn geadelten Festivitäten war schließlich der große Bayerische Nordgaufestzug, der sich mit fast 2.500 aktiven Teilnehmern und unzähligen Zauagästen über mehrere Kilometer durch Lappersdorf bewegte. **DK**

Stadt Grafenau:

Niedermeier neuer Rathauschef

Der CSU-Kandidat Max Niedermeier hat die Bürgermeister-Stichwahl im niederbayerischen Grafenau gewonnen. Er setzte sich mit 60,6 Prozent gegen den SPD-Bewerber Wolfgang Kunz durch. Die Beteiligung an der Stichwahl lag bei 57 Prozent. Der bisherige Rathauschef Helmut Peter von der UW Grafenau hatte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rölle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Christiane Juckenaack (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Der neue Badensee im Leinleiten erhöht die Attraktivität des Marktes Heiligenstadt und ist Treffpunkt für Jung und Alt. □



Jubilär Dr. Georg Sinnacher (Bildmitte) im Kreise der Gratulanten. Von rechts: Der ehemalige bayerische Innenminister Dr. Bruno Merk, Ex-Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel, Landtagsabgeordneter Alfred Sauter, Bayerns Justizministerin Dr. Beate Merk, Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Landrat Hubert Hafner und Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert. □

Zum 80. Geburtstag von Dr. Georg Sinnacher:

„Schwabenherrzog“ mit Bilderbuchbilanz

Politische Weggefährten und Freunde haben zahlreich die Lebensleistung des ehemaligen Bezirkstagspräsidenten von Schwaben und Präsidenten des Verbandes der bayerischen Bezirke Dr. Georg Sinnacher gewürdigt. Der Günzburger Altlandrat feierte am 10. Juni seinen 80. Geburtstag.

Beruflich begann der Jubilär seine Karriere bei der Regierung von Oberbayern. Von dort wechselte er in die Abteilung öffentliche Sicherheit und Ordnung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, ehe er 1965 an das Landratsamt Schwabmünchen gelangte. Obwohl Sinnacher die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Karriere im Staatsdienst mitbrachte, kam er der Aufforderung nach, für das Amt des Landrates von Günzburg zu kandidieren. Mit einer soliden Zwei Drittel-Mehrheit wurde er 1967 mit nur 34 Jahren zum jüngsten Landrat Bayerns gewählt.

Fast 30 Jahre lang prägte der gebürtige Ziemetshausener anschließend das Gesicht des Bezirks Schwaben und als Präsident auch jenes des Verbandes der Bayerischen Bezirke mit. Bereits als junger Landrat von Günzburg kam Sinnacher in das Schwabenparlament und war dort von 1974 bis 2003 Bezirkstagspräsident. In seine Amtszeit fallen wesentliche Entwicklungen der Bezirksgeschichte: Von der Dezentralisierung der beiden Bezirkskrankenhäuser Kaufbeuren und

Günzburg angefangen über den Ausbau der Sozialpsychiatrie bis hin zur Förderung der Bezirksmuseen, der Schaffung von Beratungsstellen für Volksmusik und Trachtenkultur bis hin zu seinem Einsatz für die Denkmalpflege. Kloster Irsee, das Kurhaus in Augsburg, das Chorgestühl in Schwaben – vieles wäre heute ohne seinen Einsatz für die Nachwelt verloren.

Schwäbisch und weltoffen

Wie sein Nachfolger Jürgen Reichert bei einem gemeinsamen Festakt des Bezirks Schwaben und des Landkreises Günzburg im Bezirkskrankenhaus Günzburg hervorhob, „war und ist Georg Sinnacher mit einer großen Liebe für Schwaben im Einsatz, vor allem aber auch für die Menschen hier“. Herauszuheben sei insbesondere das Engagement für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen – sozialpolitisch habe der Jurist stets ein großes Herz und die Bereitschaft gezeigt, für Menschen mit Behinderung, einer psychischen Erkrankung oder für Pflegebedürftige

ge auch neue Wege zu gehen.

Schwäbisch und weltoffen – so werde Dr. Sinnacher von seinen Wegbegleitern charakterisiert, betonte Reichert. Bezeichnend sei daher auch sein Einsatz für ein „Europa der Regionen“ gewesen, das unter anderem in die Partnerschaften des Bezirk Schwaben mit französischen Mayenne und der ukrainisch-rumänischen Region Bukowina mündete.

Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags und langjährige politische Wegbegleiterin vor allem im Bereich der Sozialpolitik, sprach ihrerseits von einer Bilderbuchbilanz, die der Jubilär vorlegen könne.

In einem Gratulationsschreiben an den lange Zeit als „Schwabenherrzog“ titulierte wies Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann darauf hin, dass sich Sinnacher „vorbildlich und mit Leidenschaft“ als Landrat, als Bezirkstagspräsident und als Präsident des Verbandes bayerischer Bezirke eingesetzt habe.

Herrmann bescheinigte dem Jubilär eine kommunalpolitische Lebensleistung, die „größten Respekt“ verdiene. „Verantwortungsvoll, sachkundig und überzeugend sind Sie stets für die Belange derer eingetreten, die Ihnen ihr Vertrauen geschenkt haben“, so Herrmann weiter. Die überaus positive Entwicklung des Bezirks Schwaben im sozialen, medizinischen und kulturellen Bereich zeige eindrucksvoll, mit welchem außerordentlichem Engagement und mit wie viel Geschick Sinnacher das Amt des Bezirkstagspräsidenten ausgefüllt habe.

Ein großes Verdienst seiner Arbeit sei die Gründung des Verbands der bayerischen Bezirke gewesen. „Als dessen erster Präsident ist es Ihnen in bemerkenswerter Weise gelungen, das Ansehen der Bezirke innerhalb der kommunalen Familie zu stärken und den Anliegen der Bezirke entsprechendes Gehör zu verschaffen“, so der Kommunalminister. Zu Recht habe Sinnachers Wirken auch hohe öffentliche Anerkennung erfahren, unter anderem mit der Auszeichnung der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold, dem Bayerischen Verdienstorden und dem Großen Bundesverdienstkreuz.

Für die Bayerische Gemeindezeitung hat Georg Sinnacher als Gastautor über viele Jahre interessante Themen aufgegriffen und diese in einer Weise bearbeitet, wie dies nur ein verantwortungsbewusster und visionärer Politiker tun kann, dem auch alle Feinheiten juristischer Spitzfindigkeit geläufig sind. Auch dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung. **DK**



Fürther Landrat Dießl im Hafen der Ehe

Ein glückliches Paar! Nicol (geb. Rabenhold) und Matthias Dießl haben sich vor kurzem das Ja-Wort gegeben. Standesamtlich wurde der CSU-Kreisvorsitzende und Landrat im Landkreis Fürth von Bürgermeister Bernd Obst getraut, die kirchliche Trauung nahm Dekan Friedrich Schuster vor. Anschließend ging es zum Empfang auf die Cadolzburg: Musikanten, Schützen, Feuerwehr, Turmwächter und viele andere begleiteten das junge Paar. Mit dabei auch viel CSU-Prominenz, u. a. Europaabgeordneter Martin Kastler, Parlamentarischer Staatssekretär und stellvertretender Parteivorsitzender Christian Schmidt, Staatsminister Dr. Markus Söder, die Landtagsabgeordneten Petra Guttenberger und Hans Herold, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und Landräte aus der Nachbarschaft. **pm**



Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Oh Gott, oh Gott, ich bin wie gerädert. Meine Frau schnarcht zur Zeit wieder so, als wollte sie persönlich halb Finnland abholzen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, sah müde und zerknittert aus, als er frühmorgens das Büro betrat.

Natürlich ist man versucht, jetzt Witze zu machen, denn schließlich gilt Schnarchen als männliche Domäne. Das Märchen, das Schnarchen habe seinen Urgrund in der Evolution, weil der noch mit seiner Familie auf freiem Feld oder in Höhlen kampierende Mann durch Geschnarche die wilden Tiere von der Feuerstelle fernhalten konnte, ist ebenso beliebt wie unsinnig. Bei der Frau vom Chef kommt es schlicht von ihrer Pollenallergie, die ihr ein paar Wochen im Jahr die Nase auch nachts verstopft. Wenn sie dann durch den Mund atmet, gibt das Schnarchgeräusche, die meinen Chef zum Wahnsinn treiben.



Schlafeinen hohen Stellenwert haben und so selbstverständlich zum Büro gehören wie die eine oder andere Tasse Kaffee oder in der Produktionshalle so etabliert sein wie die Pinkelpause. Aber nein! Eine paar Minuten Ruhe mit geschlossenen Augen oder gar ein Mittagsschlaf ist in Betrieben und Behörden ein absolutes No-go, das den Täter sofort zum Faulpelz und Nichtstuer abstempelt. Wir halten uns von 8 Uhr morgens bis 5 Uhr abends mit allerlei Tricks wach, bekämpfen das Suppenkoma, also den natürlichen Leistungsabfall am frühen Nachmittag, mit Unmengen Kaffee und Gymnastik am Arbeitsplatz (die seltsamerweise nicht verpönt, sondern akzeptiert und gefördert wird), anstatt einfach die Füße auf den Tisch zu legen, die Nackenrolle um den Hals zu legen und im Bürostuhl zehn Minuten wegzuknacken.

Power-napping heißt das, also sinngemäß Kraft tanken durch ein Nickerchen, kommt aus Japan mit seiner gelassenen Kultur und wurde nicht, wie es ein böses Gerücht wissen will, von den Herstellern spezieller Bürostühle erfunden. Im Gegenteil, die Wirksamkeit lässt sich klinisch nachweisen: Nach einer kurzen, nicht tiefen Schlaf- und Erholungsphase am Nachmittag ist man den Rest des Tages sehr viel leistungsfähiger, als wenn man sich auf Teufel komm heraus wach halten will.

Mein Chef, der Bürgermeister, weiß es noch von seinem Großvater, einem Schreinermeister: Der legte sich jeden Tag nach dem Mittagessen für eine halbe Stunde aufs Kanapee und niemand durfte ihn stören – abgesehen natürlich vom Enkel. Der Opa war übrigens als höchst arbeitsam und tüchtig bekannt und lieferte exquisite Qualitätsstücke ab, also nix von wegen schlafender Faulpelz. Mein Chef will es jetzt wissen und die Mitarbeiter im Rathaus ermuntern, sich über Power-napping zu informieren und es auch mal auszuprobieren. Vielleicht kann ein Satz von Abraham Lincoln als Werbeträger herhalten, den ich dem Chef aufs Handy schicke: „Halte Dir jeden Tag 30 Minuten für Deine Sorgen frei und in dieser Zeit halte ein Nickerchen.“

*the
Sabriul*

Metropolregion Nürnberg:

Regionale Daseinsvorsorge sichern

MORO-Projekt „Spitzencluster Medizintechnik als Stadt-Land-Partnerschaft“

Altersgerechte Assistenzsysteme sowie der altersgerechte Umbau ihres Immobilienbestandes in den Ortskernen bieten älteren Menschen die Chance, möglichst lange selbst bestimmt in der eigenen Wohnung zu leben. Wie Gemeinden, Städte, Landkreise, Wohnungsunternehmen und (soziale) Dienstleister hier unterstützend im Sinne einer demografiegerechten Gemeindeentwicklung zusammenarbeiten und damit die regionale Daseinsvorsorge ihrer Bürger – insbesondere im ländlichen Raum – langfristig sichern können, darüber beriet in der Regierung von Oberfranken in Bayreuth der Workshop „Umsetzung technischer Lösungen“ im Rahmen des MORO-Projekts „Spitzencluster Medizintechnik als Stadt-Land-Partnerschaft“. Gemeinsam angegangen wird diese Aufgabe von 25 Modellkommunen aus der Metropolregion Nürnberg.

„Auch wenn wir künftig interaktive Uhren tragen, in intelligenten Sesseln sitzen und in schlaue Spiegel schauen“, sei die persönliche ärztliche Betreuung vor Ort nicht zu ersetzen, stellte Regierungspräsident Wilhelm Wenning in seiner Begrüßung fest. „Der demografische Wandel betrifft alle. Wie wir heute unsere Städte bauen und privaten und öffentlichen Raum gestalten, entscheidet darüber, ob diese auch für alle Generationen geeignet und nutzbar sind.“

Überblick über Förderprogramme

Theodor Bonnet, Leitender Bau- und Direktor der Regierung von Oberfranken, gab einen Überblick über Förderprogramme für den Umbau und Neubau im Bereich Altersgerechte Assistenzsysteme (AAL), die von Kommunen, Wohnungsbauunternehmen aber auch privaten Investoren in Anspruch genommen werden können. „Im Programm Altersgerecht Umbauen (159) fördert die KfW Banken-

gruppe beispielsweise alle Baumaßnahmen, die zu einer Barriere-reduzierung führen und eine angenehme Wohnqualität gewährleisten oder aber auch den Kauf frisch umgebauter Wohngebäude. Das KfW-Darlehen umfasst 100 Prozent der förderfähigen Kosten, bis zu 50.000 Euro pro Wohneinheit.

Anrecht haben alle Träger von Investitionsmaßnahmen an selbst genutzten oder vermieteten Wohngebäuden und Eigentumswohnungen sowie Ersterwerber von neu barriere-reduzierten Wohngebäuden oder Eigentumswohnungen. Nicht gefördert werden Umschuldungen bestehender Darlehen, Nachfinanzierungen bereits begonnener oder abgeschlossener Vorhaben, Ferien- und Wochenendhäuser sowie gewerblich genutzte Flächen.

Technische Assistenzsysteme

Als technische Assistenzsysteme zur Orientierung und Kommunikation werden benannt: Alters-

gerechte Assistenzsysteme, Maßnahmen zur Verbesserung der Orientierung und Kommunikation wie z. B. Beleuchtung, Gegensprechanlagen, Briefkastenanlagen, taktile Markierungen, ergänzende Beschriftungen mit Braille- oder Reliefschrift, Sicherheits- und Notrufsysteme sowie die Nachrüstung von automatischen Tür-, Tor- oder Fensterantrieben.

Stellschrauben neu justieren

„Projekte wie das MORO-Projekt sind für uns im Bereich Wohnbauförderung eine gute Gelegenheit, die Stellschrauben der Förderung gegebenenfalls neu zu justieren“, betonte Bonnet. Um die High-Tech-Lösungen aus dem Medical Valley auch zum Einsatz bringen zu können, müssten Standardanforderungen an altersgerechte Wohnungen formuliert und auch ein Lastenheft für AAL geschrieben werden, in dem zum Beispiel die nötige BIT-Übertragungsrate und ähnliches dargestellt würden.

Fallbeispiele

Anhand zweier konkreter Fallbeispiele unter anderem aus Teuschnitz im Landkreis Kronach erläuterten schließlich Prof. Manfred Miosga und Dominik Bigge von der Universität Bayreuth, wie der Prozess einer demografiegerechten Gemeindeentwicklung unter Einbindung der Bevölkerung gestaltet werden kann. **DK**

Landkreis Miltenberg:

Oberpfälzer Delegation zu Gast

Bei ihrem viertägigen Besuch im Landkreis Miltenberg haben sich sechs Landräte und die Regierungspräsidentin aus der Oberpfalz zunächst im Zentec (Großwallstadt) mit Fragen des Regionalmarketing und des Regionalmanagements beschäftigt. Anschließend war die Delegation zu Gast im Landratsamt in Miltenberg, wo Landrat Roland Schwing nicht nur den Landkreis Miltenberg vorstellte, sondern auch aus der aktuellen Arbeit des Innovationsrings berichtete.

Neben Aussagen zur Entwicklung der Führungskräfte am Landratsamt Miltenberg stießen vor allem Schwings Äußerungen zu aktuellen Vorhaben des Innovationsrings auf großes Interesse der Gäste. Schwing, der dem Bayerischen Innovationsring seit dessen Gründung im Jahr 1997 vorsteht, berichtete aus den derzeit vier Arbeitsgruppen des Innovationsrings, deren Arbeit unmittelbar den Landkreisen zugute kommt. E-Government, also die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung, ist laut Schwing das bestimmende Thema der Zukunft. Vermutlich von Januar 2013 an werde eine Arbeitsgruppe des Innovationsrings einen Leitfaden zur Einführung und zum Einsatz von Dokumentenmanagementsystemen fertig haben. Aber auch aktuelle Themen wie sichere E-Mails würden in der Arbeitsgruppe behandelt.

Kundenorientierung

Nachfragen hatten die Oberpfälzer zur Arbeitsgruppe „Service- und Kundenorientierung“ – vor allem was die Bürger- und Kundenbefragung von zwölf Landratsämtern im Jahr 2010 (darunter auch das Landratsamt Miltenberg) und von acht Ämtern im Jahr 2012 betraf. Dabei hatte die Gesellschaft für Konsumforschung (Nürnberg) herausgefunden, dass über 90 Pro-

zent der Bürger mit den im Jahr 2010 befragten Landratsämtern zufrieden seien.

Zurzeit, so Roland Schwing, warte man auf die Auswertung der 2012er Umfrage. Die Ergebnisse würden in die Erstellung einer „Handlungsempfehlung für ein kunden- und serviceorientiertes Landratsamt“ fließen. Vermutlich schon im Herbst dieses Jahres sei mit dieser Empfehlung zu rechnen. Eines könne man aber bereits jetzt sagen, so der Landrat: „Die Landratsämter, die sich einen qualitativ guten Bürgerservice leisten, liegen auch in der Kundenzufriedenheit vorne.“ Diese Umfragen sollten aber nicht in Ranglisten münden, erklärte Schwing, vielmehr dienten sie der Optimierung von Prozessen in den einzelnen Behörden.

Angeregte Diskussion

Den Ausführungen des Landrats schloss sich noch eine Diskussion an. Die Delegation bestand aus Regierungspräsidentin Brigitta Brunner sowie den Landräten Richard Reisinger (Landkreis Amberg-Weizsach), Simon Wittmann (Neustadt an der Waldnaab), Herbert Mirbeth (Regensburg), Volker Liedtke (Schwandorf), Wolfgang Lippert (Tirschenreuth) sowie Johannes Reile, dem geschäftsführenden Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags.



V. l.: Landrat Roland Schwing, Landrat Volker Liedtke, Landrat Richard Reisinger, Regierungspräsidentin Brigitta Brunner, Johannes Reile (Bayerischer Landkreistag), Landrat Herbert Mirbeth, Landrat Wolfgang Lippert und Landrat Simon Wittmann.

Bald neue Datenbank für Trachtenfans

Bezirk Unterfranken fördert
erstmalig auch historische Uniformen

Wie kann man Schürzen, Taschen und Deckchen mit Hilfe von Handmodellen bedrucken? Wie werden Spitzen gekloppt und was ist Weißstickerei? Dies alles können Trachtenfans bei Seminaren der Bezirksheimatpflege lernen. Eine im Kulturausschuss des Bezirks präsentierte Befragung ergab, dass die Teilnehmer dieser Kurse mit dem Angebot äußerst zufrieden sind: Meist gab es die Note „sehr gut“. Gleichzeitig stellte sich heraus, dass zu wenige Trachtenfans die Seminare kennen.

Vor allem in Tracht auftretende Musikkapellen interessieren sich wenig für das breit gefächerte Kursangebot der bezirklichen Trachtenberatung, ergab die Umfrage. „Was wohl daran liegt, dass die Mitglieder dieser Gruppen ihre Tracht nicht selbst herstellen möchten“, so Trachtenberaterin Christine Landgraf. Doch getragen werden Trachten gerne. In den vergangenen sechs Jahren unterstützte der Bezirk 130 Vereine und Gruppen in Unterfranken - teilweise mehrfach. Geld gibt es dann, wenn die jeweilige Tracht in Schnitt, Material und Verarbeitung von traditionellen, charakteristischen Merkmalen gekennzeichnet ist. Ab sofort wird zudem die Anschaffung historischer Uniformen gefördert.

In Unterfranken gibt es zahlreiche Trachten mit ganz besonderen Eigentümlichkeiten. Oft wird Landgraf gefragt, wie Trachten aussahen, die im 19. Jahrhundert im Geroldshofer Gau, im Odenwald, der Rhön oder im Spessart getragen wurden. Aufgrund der

starken Nachfrage wird bis Ende des Jahres unter der Regie der Trachtenspezialistin eine neue trachtengrafische Datenbank aufgebaut. Inzwischen gibt es eine Bier- und eine Brotmarken-, eine Bierdeckel- sowie eine Wappen-datenbank.

Trachten zu erkunden, auch das gehört zum Aufgabengebiet der Bezirksheimatpflege. Hierzu werden archaische und ikonografische Quellen ausgewertet. Auf solchen historischen Quellen müssen nach den Richtlinien des Bezirks auch die Trachten von Vereinen, Kapellen und Gruppen basieren, so sie gefördert werden wollen. Nicht gefördert werden historische sowie Theater- und Fastnachtsskizzen, Vereinsuniformen, Modetrachten sowie Repräsentationskleidung. Geld erhalten Vereine auch nur für die erstmalige Anschaffung von Trachten. Später werden Trachten nur noch dann gefördert, wenn damit neue Mitglieder unter 26 Jahren eingekleidet werden sollen.

Pat Christ

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen GemeindeZeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zur Energie-Fachveranstaltung „Power für Bayerns Kommunen“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Urkunden-Atelier Wallner:

Für besondere Anlässe

Qualitativ hochwertige Urkunden, Diplome und Zertifikate aller Art und für jeden Anlass - exklusiv und individuell - bietet das Urkunden-Atelier Franz Wallner im österreichischen Tulln an der Donau an. Zu seinen Kunden zählen neben Ämtern, Behörden, Firmen, Vereinen und weiteren Institutionen insbesondere auch Städte und Gemeinden.

Breit gefächert ist das Portfolio: Es reicht vom Urkunden-Druck über handgeschriebene Urkunden auf Kalbs- oder Ziegenpergament bis hin zu Holzurkunden, einer absoluten Novität. Die Brandmalerei ist vielfältig anwendbar. Angefangen von einfachen Holzbrettchen, Spanndosen, Bottichen, Fässchen bis hin zu Holzscheiben, Schildern und Holztellern kann fast jeder Holzgegenstand verziert bzw. mit einer Widmung versehen werden.

Standardangebot

Ob Anerkennungsurkunden, Diplome, Grundsteinlegungs-, Gründungs-, Partnerschafts-, Verleihungs-, Verpflichtungs- und Wettbewerbsurkunden, ob Zeugnisse, kirchliche Urkunden, Adressen anlässlich eines Glückwunsches oder Jubiläen: Den spezifischen Wünschen sind keine Grenzen gesetzt.

Da es einen gravierenden Stilbruch darstellt, eine wertvolle Urkunde als loses Blatt zu überreichen, wird das gewünschte Zubehör wie Urkundenmappen und Diplomrollen in den verschiedensten Ausführungen samt Rahmen, Siegelkapsel und Messingköcher für Grundsteinlegungsurkunden gleich mitgeliefert.

Sonderanfertigungen

Neben dem umfangreichen Standardangebot ist das Atelier Wallner als Spezialist für Sonderanfertigungen, wie z. B. Mappen und Rollen mit eigener Farbe/Ma-

terial samt Prägung tätig. Hier werden wiederum auch Gemeinden u. a. mit Mappen für die diversen Ehrungen und Standesamtsmappen beliefert.

Firmenchef Franz Wallner: „Auf uns können Sie sich verlassen. Durch unsere Fachbegleitung, handwerkliche Präzision, künstlerische Umsetzung, Liefertreue und Flexibilität sind Sie bestens aufgehoben.“

Weitere Informationen unter www.urkunden-atelier.at DK

Oberscheinfeld:

Sendner ist neuer Bürgermeister

Mit 58,5 Prozent erzielte der CSU-Bewerber Peter Sendner einen klaren Vorsprung vor seinem Mitbewerber Norbert Werner vom Bürgerblock. Der 49-jährige Regionaldirektor einer Genossenschaftsbank steht damit jetzt an der Spitze der Marktgemeinde Oberscheinfeld im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim.

Bereits seit 1990 gehört Sendner dem Marktgemeinderat an. Erfahrungen hat er auch als zweiter Bürgermeister gesammelt. Mit 72,4 Prozent beteiligten sich erfreulich viele Gemeindebürger an der Wahl, die notwendig geworden war, weil der bisherige Amtsinhaber aus beruflichen Gründen um Entbindung von seinen Aufgaben gebeten hatte. pm

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/6933 00
www.stadtmoebel.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden • Tel. 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Parkbänke

Zinder
PARKBÄNKE
Zum Moos 1a
87772 Pfaffenhausen
Telefon 09265/7332695
parkbank@max-zinder.de
www.max-zinder.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim • www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 • Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 • Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Petra.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzzeineinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk • Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 • D-35702 Haiger • Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 • www.hailo-professional.de

Sportgeräte

BENZ SPORT

www.benz-sport.de
Tel. 07195 / 48 05 - 0 • Fax 07195 / 48 05 - 77 • info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Insertieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 • 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-
REINIGUNGS-
SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshauser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de